Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

Kommunist

Theoretisches Organ des Kommunistischen Bundes Österreichs

Preis S 18,-

Nr. 5/78





Kommunist

Inhalt

Kommunist – Theoretisches Organ des Kommunistischen Bundes Österreichs, **erscheint monatlich. Einzelpreis:** S 18,-. **Abonnementpreis-Inland:** Halbjahr S 122,50, Ganzjahr S 245,-. **Abonnementpreis-Ausland:** Halbjahr S 137,50, Ganzjahr S 275,-. **Bestellungen an:** Alois Wieser Ges.m.b.H., Vertrieb revolutionärer Literatur und Schallplatten, 1042 Wien, Postfach 13. **Redaktionsadresse:** Redaktion Kommunist, 1042 Wien, Postfach 52.

Impressum: Eigentümer, Herausgeber, Verleger: Kommunistischer Bund Österreichs. Für den Inhalt verantwortlich: Wolfgang Stagel, alle 1020 Wien, Krummbaumgasse 1. Druck: Alois Wieser Ges.m.b.H., 1040 Wien

Die Stellung des Programms des KB Österreichs zu den nationalen Minderheiten in Österreich

In Österreich gibt es seit der Gründung der bürgerlichen Republik eine beträchtliche Zahl von Angehörigen nationaler Minderheiten. Heute sind die zahlenmäßig und politisch bedeutendsten die Kärntner Slowenen und die burgenländischen Kroaten. Im Burgenland lebt heute auch noch eine gewisse Zahl seßhafter Zigeuner, nachdem die hitlerfaschistischen Aggressoren die Zigeuner massenhaft ermordet hatten.

Unsere Organisation hat sich von all diesen nationalen Minderheiten am genauesten mit der Geschichte, der Entwicklung und dem Kampf der slowenischen Minderheit in Kärnten beschäftigt.

Von Anfang an bestand der Kern der Frage der Kärntner Slowenen im Vorhandensein hegemonistischer deutscher herrschender Klassen, die im Kampf um die Unterwerfung Kärntens, dann auch des Gebietes des heutigen Sloweniens und Friauls, das Slowenische zurückzudrängen versuchten. Der deutsch-österreichische Imperialismus verweigerte der slowenischen Nation das Recht auf Bildung eines eigenen Staates. Das österreichische Finanzkapital, das sich der österreichisch-ungarischen Monarchie und der sie tragenden Gutsbesitzerklasse bediente, um sich Ost- und Südosteuropa zu unterwerfen, begann seit der Jahrhundertwende mit einer planmäßigen ökonomischen und politischen Unterwerfung Südkärntens und des heutigen Sloweniens. So versuchte es seine Interessen an den Naturreichtümern, an der Ausbeutung der Arbeitskraft und an der Kontrolle der Verkehrswege zu sichern. Diese Unterwerfung schloß bereits frühzeitig bewußte Germanisierungsanstrengungen gegenüber der Bevölkerung Südkärntens ein.

Nach der Zerschlagung der österreichisch-ungarischen Monarchie, der Niederwerfung des österreichischen Finanzkapitals, teilten die damals vorherrschenden Imperialisten, die USA, England und Frankreich, in offener Mißachtung des erklärten Wunsches der slowenischen Nation nach nationaler und staatlicher Einheit, die slowenische Nation auf vier Staaten auf. In keinem von ihnen waren die slowenischen Menschen frei von nationaler Unterdrückung. Die herrschende Klasse Österreichs, die Bourgeoisie, erhielt von den Imperialisten wiederum die Herrschaft über Südkärnten zugesprochen. Die folgenden 18 Jahre bis zur Besetzung durch den Hitlerimperialismus waren durch neuerliche Bemühungen der Kapitalisten gekennzeichnet, Südkärnten ökonomisch auszulaugen und die Herrschaft über diesen Teil Kärntens durch scharfe Unterdrückung des dort lebenden Teils der slowenischen Nation zu verewigen.



70-Jahresfeier des Slowenischen Kulturverbandes: An die 1000 Menschen versammeln sich im Stadttheater von Klagenfurt/Celovec

Die Hitlerfaschisten setzten diese Politik nicht nur fort, sondern betrieben sie noch konsequenter und verwirklichten zugleich die Hoffnungen der österreichischen Finanzbourgeoisie auf Rückgewinnung der 1918 verlorengegangenen Besitzungen in Slowenien. Daher erwies sich der Übergang von führenden Figuren des Finanzkapitals zum Hitlerregime als besonders einfach und erfolgte besonders frühzeitig.

Der antifaschistische Befreiungskampf der slowenischen Nation, der auf die nationale und soziale Befreiung des Volkes abzielte, schloß auch die in Kärnten lebenden Teile der Nation ein, richtete sich gegen die Hitlerfaschisten und gegen die mit ihnen kollaborierenden Kapitalisten und Gutsbesitzer Kärntens. Zwar gelang es, große Teile des Volkes zu befreien und in der Republik Slowenien im Rahmen des volksdemokratischen Jugoslawiens zusammenzufassen, die internationale Reaktion mit dem US-Imperialismus an der Spitze verweigerte den Kärntner Slowenen neuerlich das Selbstbestimmungsrecht und stellte sie unter die Kontrolle der britischen Besatzungsmacht. In wachsendem Maße trat die von den westlichen Imperialisten unterstützte und geförderte österreichische Bourgeoisie in „ihre alten Rechte" gegenüber Südkärnten ein und annektierte es endgültig.

So wie die österreichische Bourgeoisie der slowenischen Minderheit Ende der 40er-Jahre die territoriale Selbstverwaltung des von ihr mehrheitlich bewohnten Südkärntens verweigerte, so war das Resultat der verstärkten Eingliederung Südkärntens in den österreichischen Kapitalismus nicht eine eigenständige regionale ökonomische Entwicklung dieses Gebietes, sondern Raubbau an Holz, Massenauswanderung, Auspendeln tausender Arbeiter und industrielle Unterentwicklung. Die Politik der nationalen Diskriminierung wurde so auf neuer Grundlage fortgesetzt und der chauvinistische Terror stieß jetzt nicht auf die naturwüchsigen Schranken einer abgeschlossenen Agrarwirtschaft, sondern auf einen für ihn fruchtbaren Boden zerrütteter ökonomischer Verhältnisse.

Als Resultat veränderte Südkärnten in gewisser Hinsicht sein nationales Gesicht — nicht in der Hinsicht, daß die nationale Unterdrückung schwächer geworden wäre. Das früher fast ausschließlich slowenisch besiedelte Südkärnten wurde von deutschsprachigen Einwanderern, dann von germanisierten Einheimischen durchsetzt, so daß es heute ein national-gemischtes Gebiet ist. In Südkärnten leben insgesamt etwa 120.000 Menschen, in den stärker slowenisch besiedelten davon, etwa 70.000. Nach wie vor gibt es überwiegend slowenisch bewohnte Ortschaften und Gemeinden vor allem im Süden und Südosten des Gebietes.

Eine Analyse, der hier nur in ihren Resultaten wiedergegebenen Entwicklung haben wir in der Artikelserie im „Kommunist" vorgenommen. Aus ihr können die folgenden — auch auf Grund der hier gegebenen Zusammenfassung verständlichen — Schlußfolgerungen gezogen werden:

I. Die heutige Politik der nationalen Unterdrückung hat eine jahrzehntelange Geschichte

II. Der Träger der nationalen Unterdrükkung ist in jeder Hinsicht die Finanzbourgeoisie.

Mit ihr verbunden war und ist eine ganze Schicht kleiner und mittlerer Bourgeois, die „Gefolgschaft der Finanzbourgeoisie".

III. Die jahrzehntelange Fortsetzung der nationalen Unterdrückung namentlich in den letzten 25 Jahren — verbunden mit der Ruinierung des Lebensgebietes der nationalen Minderheit — führten zur Auflösung des einheitlichen slowenischen Siedlungsgebietes. Es besteht heute ein national gemischtes Gebiet.





Wiedererrichtung eines von den Deutschnationalen gesprengten Denkmales am Kömmel/Komelj bei Bleiburg/Pliberk. Das Denkmal erinnert an ein Gefecht der slowenischen Partisanen gegen die Hitlerfaschisten.

Diese Schlußfolgerungen haben wir in unserem Programm festgehalten. Der gegen die nationale Unterdrückung entstehende Widerstand der slowenischen Massen und der anderen nationalen Minderheiten richtet sich daher gegen die Herrschaft der imperialistischen Bourgeoisie und zielt auf den Sturz der Finanzbourgeoisie, auf die Entmachtung ihrer chauvinistischen Gefolgschaft aus der Klein- und Mittelbourgeoisie ab, als der unerläßlichen Bedingung für eine menschenwürdige Existenz für die slowenischen Volksmassen, die ohne die vollkommene Beseitigung der nationalen Diskriminierung unmöglich ist.

Der Kampf der slowenischen und kroatischen Arbeiter, Bauern, Intellektuellen, Schüler und Studenten ist somit ein Teil des Kampfes gegen den Imperialismus, ein Teil des Kampfes für die Errichtung menschenwürdiger, demokratischer Zustände in unserem Land und somit ein Teil der proletarischen Revolution.

Einheit

Kreiskys Ladenhüter

Einheit
Herausgegeben vom Redaktionskomitee der Komitees und Initiativgruppen für die Rechte der Minderheiten in Österreich
Preis S 5.-

Der Kampf gegen die Diskriminierung der nationalen Minderheiten ist Teil des revolutionär-demokratischen Kampfes

Ist die nationale Unterdrückung der Minderheiten, die Herabsetzung ihrer Sprache und Kultur, die Verachtung ihrer Geschichte und Tradition notwendiges Resultat des imperialistischen Charakters der herrschenden Klasse in Österreich, ist die nationale Unterdrückung ein deutlicher Ausdruck für das reaktionäre Wesen dieser Klasse, für das außerordentliche Maß, in dem die österreichische Gesellschaft unter den Mangel an Demokratie leidet, so hat das Proletariat das gänzlich entgegengesetzte Verhältnis zu den Rechten der nationalen Minderheiten.

Selbstverständlich ist aber die positive Orientierung, entlang der das Proletariat der Unterdrückung der nationalen Minderheiten entgegentritt, abhängig von der „historischen Situation". Die Grundsätze aber bleiben gleich.

Nationale Unterdrückung, Herabsetzung der Sprache, Ausbildung der Kinder nicht in der Muttersprache, Verdrängung der Muttersprache von tausenden und abertausenden Menschen aus dem Volk aus dem politischen Leben, aus dem Beruf und dem Verkehr — das bedeutet Verkümmerung der geistigen Fähigkeiten, Knebelung von deren geistiger Regsamkeit, Einschnürung ihres Horizontes auf das „Erlaubte". Das Proletariat aber hat am Gegenteil Interesse: möglichst umfassende Ausbildung, allseitige Entfaltung der geistigen Fähigkeiten seiner Klassenangehörigen und der übrigen werktätigen Massen, Auseinandersetzung mit der eigenen Geschichte und Kultur, möglichste Erweiterung ihres Lebenshorizontes. Aus dieser Interessenslage folgt die entschiedene Forderung der Proletarier nach Beseitigung jeglicher Diskriminierung der Minderheit, vor allem ihrer Sprache, im öffentlichen Leben — insbesondere in allen Bereichen der Ausbildung, der Presse und der Versammlung.

Nationale Unterdrückung geht stets einher mit nationaler Verhetzung, mit Spaltung der Massen entlang sprachlicher und nationaler Grenzen. Das Proletariat aber hat einheitliche Interessen, es lehnt nichts mehr ab als die Aufweichung seiner eigenen Reihen durch die nationalistische Hetze, die unweigerlich zur Interessensgemeinschaft von Herrschenden und einem Teil der Ausgebeuteten gegen die übrigen Ausgebeuteten führt. Daher muß sich gerade die übergroße Mehrheit des Proletariats gegen die Diskriminierung stellen. So bricht sie vollständig die Brücken zur Bourgeoisie ab. So kann zugleich der Zusammenschluß aller Proletarier — ganz gleich welcher Sprache — im Klassenkampf hergestellt werden. Am klarsten kommt dies in politischen Forderungen zum Ausdruck, die, aller nationalen oder sprachlichen Bevormundung bzw. Unterdrückung eine Absage erteilen.

Die Forderungen des Programmes unserer Organisation sind mit Hilfe dieser beiden Grundsätze ausgearbeitet worden. Jede Forderung tut ihnen Genüge und in ihrer Gesamtheit zeichnen sie auf der Grundlage demokratischer Zustände in der ganzen Gesellschaft, d.h. der Verwirklichung aller Forderungen des demokratischen Programms ein Bild von der Überwindung der Diskri-

nierung der nationalen Minderheiten.

Angesichts der konkreten Lage aller nationalen Minderheiten, ihrem Leben in national gemischten Gebieten, müssen die Forderungen auf die Gleichberechtigung der Sprache, Kultur und Tradition der nationalen Minderheiten mit denen der österreichischen Nation abzielen; nicht etwa auf die Heraushebung national geschlossener Gebiete aus dem österreichischen Staat durch die Forderung nach Lostrennung solcher Gebiete und dem Recht auf Vereinigung mit dem von der unterdrückten Nationalität gewünschten Staat.



Demonstration in St. Kanzian/Skocijan im Sommer 1977

Betrachtet man die Forderungen in ihrer Gesamtheit, so sieht man, daß diese in einem gemischt nationalen Gebiet leben, nicht in einem national geschlossenen Gebiet — wie dies bei den Kärntner Slowenen in der Zwischenkriegszeit noch der Fall war. Generell geht es im national gemischten Gebiet, wobei das Verhältnis zwischen den beiden Nationalitäten regional sehr verschieden ist, nicht um das Recht auf Lostrennung. Hinsichtlich der Forderung nach der Schaffung national autonomer Körperschaften verhält es sich ähnlich. Beides sind keine Forderungen, die heute sinnvoll erhoben werden könnten, bzw. von den nationalen Minderheiten selbst erhoben würden. Anders ist dies jedoch hinsichtlich einzelner Teile des zweisprachigen Gebiets etwa in Kärnten oder im Burgenland. Hier ist es durchaus möglich, daß die bloße Beseitigung der nationalen Diskriminierung de Slowenen bzw. Kroaten in der Schule, im öffentlichen Leben, auf dem Gebiet von Kultur und Sprache durch die Gleichstellung beider Sprachen für die nationale Minderheit nicht genügt. Im einzelnen kann in solchen Gebieten die Forderung nach der Bildung national autonomer Gebietskörperschaften daher durchaus berechtigt und unterstützenswert sein. Dehnt man seinen Blick auf mögliche beträchtliche Veränderungen der internationalen Lage aus, so ist natürlich nicht auszuschließen, daß die Frage des Selbstbestimmungsrechtes der nationalen Minderheiten sich in anderen Situationen anders stellen kann, als dies heute der Fall ist.

Die erste und grundlegende Forderung auf diesem Gebiet ist die nach der Anerkennung der Sprache der nationalen Minderheiten im öffentlichen Leben, sei dies bei Ämtern, Behörden, bei Gerichten oder bei den öffentlichen Aufschriften. Nur durch eine solche Regelung wird die Sprache der Minderheit von dem Makel der Minderwertigkeit befreit und der deutschen Sprache als Sprache des öffentlichen Gebrauchs völlig gleichgestellt. Die Verwirklichung dieser Forderung schließt ihre Verwirklichung nach innen in die Behörden ein. Nur eine ausreichende Zahl von Beamten, die der Minderheit selbst entstammen und ihre Sprache auch im inneren Verkehr benützen, garantiert ihre völlige Gleichberechtigung. Deshalb hat unsere Organisation auch entsprechende Forderungen vor allem der slowenischen Organisationen stets unterstützt — deshalb auch die Betonung im Programm auf „unmittelbarem Sprachkontakt". Die besondere Bedeutung der Zweisprachigkeit aller öffentlichen Aufschriften rührt nicht von daher, daß das eine Lebensfrage der Menschen aus dem Volk ist, sondern von daher, daß diese Frage seit jeher von den Chauvinisten zum Zankapfel gemacht wird. Zugleich ist es eine besonders bösartige Methode des Chauvinismus, überhaupt zu bestreiten, daß die Sprache der Minderheiten andere als von Ort zu Ort verschiedene Dialektausdrücke für die öffentlichen Einrichtungen, geographischen Gegebenheiten u.a.m. kennt.

Eine noch bedeutendere Frage ist die einer demokratischen Regelung des Volksbildungswesens und der Kindergärten. Im Volksbildungswesen versucht die herrschende Klasse, gestützt auf die Staatskontrolle über die Schulen, Generation für Generation von Jugendlichen der Muttersprache zu entwöhnen, sie ihrer Kultur zu entfremden und damit noch mehr als die anderen Jugendlichen zu knebeln. Die Leugnung der Existenz der anderen Sprache, der Kultur und Geschichte der nationalen Minderheit, beschränkt den Horizont der gesamten Jugend in den Lebensgebieten der Minderheiten, und trägt gemeinsam mit der chauvinistischen Verhetzung schon in den Schulen zu ihrer Fesselung an die bürgerliche Ideologie bei. Gegen diese gegenwärtig vorherrschenden Zustände — in Südkärnten gibt es ein erzreaktionäres Anmeldungssystem — eine Karikatur auf einen zweisprachigen Unterricht, im Burgenland gibt es noch weniger — muß erstens die Muttersprache als gleichberechtigte Schulsprache für die Jugendlichen aus der Minderheit gefordert werden, und zweitens ein obligatorischer Sprachunterricht für alle Schulkinder im betreffenden Gebiet. Diese Forderungen sind die Grundlage, auf der dann Forderungen gegen chauvinistische Hetze und verzerrte Darstellung der Geschichte und Kultur der Minderheiten erhoben werden können. Eine solche Regelung des Unterrichtes entspricht den Interessen des Proletariates nach einer allseitigen, umfassenden Ausbildung für die Kinder des Volkes. Sie versetzt zugleich dem Chauvinismus schwere Schläge, indem sie der Sprache, Geschichte und Kultur der Minderheit einen Platz im Wissen und Denken aller Menschen im Gebiet einräumt, und indem sie für alle Menschen, die im Gebiet leben, der Sprache der Minderheit den Schleier des Geheimnisvollen, des „Fremden" nimmt.

Die außerordentliche Wichtigkeit dieser Forderung kann man wiederum an der Kärntner Slowenenfrage ersehen: Heute geht mit der Entfremdung der Mutterspra-



erhältlich in Deutsch und Slowenisch, ins Serbokroatische übersetzt. Preis S 5,-.

che, mit der Hetze in den Schulen über Abwehrkampf und Partisanenkrieg, die Entfremdung von der revolutionären Geschichte der Kärntner Slowenen einher — eine Tradition, an deren Aufrechterhaltung das Proletariat ebensoviel Interesse hat, wie die Bourgeoisie an deren Unterdrückung. Ein wirksamer Schlag dagegen kann nur durch die Erkämpfung einer entschiedenen Aufwertung des Slowenischen im Volksbildungswesen, und zwar als Zwangsregelung, erreicht werden — da jede „Anmeldungsregelung" vom Chauvinismus unterlaufen werden kann. Ein Volk, das sich seiner Geschichte nicht besinnt, der Leiden, der Ausbeutung und des Kampfes dagegen, dem durch die Vorenthaltung selbst des Sprachunterrichtes jeder Bezug zu dieser Geschichte abgeschnitten wird, ist in besonderer Weise der bürgerlichen Ideologie und Legendenbildung ausgesetzt. Ein Volk, bei dem die Bourgeoisie künstliche Sprachbarrieren schafft, ist dem Chauvinismus in besonderer Weise ausgeliefert. Daher ist die Erhebung der Schulforderungen in der Minderheitenfrage — sinngemäß auch für alle Formen der Vorschulerziehung — für die Befreiung der Volksmassen von der geistigen Unfreiheit und von der chauvinistischen Verhetzung besonders vordringlich.

Die Forderung, die am klarsten die Stellung des KB zur Unterdrückung der Minderheiten zum Ausdruck bringt, ist die nach dem Verbot der Diskriminierung der nationalen Minderheiten. Sie hält der auf allen Gebieten des Lebens der durch die Bourgeoisie betriebenen Politik der Diskriminierung der nationalen Eigenheiten der Minderheiten die Forderung nach deren Unterlassung und Bestrafung entgegen. Sie bringt damit die absolute Ablehnung jedes Vorrechten, jeder Diskriminierung zum Ausdruck. Die Klasseninteressen der Arbeiterklasse gegenüber dem Verbot einer kroatischen religiösen Veranstaltung, der Verweigerung eines Saales . . . sind von der Art, daß unbedingt **gegen** das Verbot der Veranstaltung, gegen die Verweigerung des Saales . . . Protest erhoben werden muß, aber deshalb nicht Partei ergriffen werden muß **für** die Religion. Das Proletariat muß gegen jede Unterdrückung z.B. der Sprache der Minderheit auftreten — es ist deshalb noch lange nicht verpflichtet, positiv alles zu befürworten, was der Diskriminierung durch die chauvinistische herrschende Klasse ausgesetzt ist.

Im Zusammenhang mit der Begründung dieser Forderung ist oft das folgende Mißverständnis aufgetreten: Die Pflege der Sprache der Minderheiten, ihrer Kultur und ihrer Tradition sei nur dann eine begrüßenswerte Sache, wenn dies von vornherein mit revolutionärem Inhalt geschehe. Dies ist jedenfalls nicht die Meinung unserer Organisation: Die herrschende Klasse bedroht die Existenz und Entwicklung der nationalen Minderheit. Die Arbeiterklasse aber betrachtet — wie schon bei den Schulforderungen erklärt — die Sprache, Kultur und Tradition, die Geschichte und Lebensweise der gegenwärtig durch den Kapitalismus gefesselten Gesellschaft und tritt daher für deren Entwicklung, nicht für deren Untergang ein. Die Kommunisten dürfen daher nicht nur nicht gleichgültig gegenüber den Bemühungen der Organisationen der Minderheiten, der fortschrittlichen Intelligenz, der Lehrerschaft . . . sein, Sprache Kultur und Geschichte in der Minderheit zu verbreiten und ihre Entwicklung voranzutreiben. Die Kommunisten müssen dazu selbst beitragen, indem sie sich in ihrer Arbeit all dessen bedienen, und damit zu seiner Erhaltung und Entwicklung beitragen. Versteht man dies so, so versteht sich auch von selbst, daß in dieser Arbeit, vom Kampf gegen das Rückschrittliche nicht abgesehen werden wird, dieser selbst aber beiträgt zur Entwicklung der nationalen Minderheit.



Um den Prozess gegen den slowenischen Aktivisten Stefan Petjak nicht in dessen Muttersprache abhalten zu müssen, verlegt ihn die österreichische Justizbehörde kurzerhand nach Linz. Im Bild: Das Linzer Gerichtsgebäude ist mit Parolen geschmückt

Alle die oben entwickelten Forderungen sind Forderungen der revolutionären Demokratie. Sie richten sich frontal gegen die imperialistische Reaktion in Österreich, gegen den die Diskriminierung der nationalen Minderheiten tragenden Staatsapparat, sie zielen auf den klassenmäßigen Zusammenschluß des Proletariats und auf die Sammlung der unterdrückten Volksmassen darum, indem sie sich frontal dem bürgerlichen Gift des Nationalismus entgegenstellen. Der Kampf um sie und ihre Durchsetzung erhöht die Fähigkeit der Arbeiter und Volksmassen, den Klassenkampf zu führen. Sie können aber, wie alle demokratischen Forderungen, reformistisch entstellt werden, und das wird und wurde gemacht. Und zwar in zweifacher Hinsicht.

1. Wenn der dem Kampf um die Durchsetzung dieser Forderungen zugrundeliegende Widerspruch zwischen Arbeiterklasse und imperialistischer Bourgeoisie abgeschwächt wird. Dies geschieht, wenn die Verantwortung für die Diskriminierung der nationalen Minderheiten nicht bei der Finanzbourgeoisie, ihre Ursachen nicht im Drang der imperialistischen Bourgeoisie nach Expansion gesucht wird, sondern in „Besonderheiten der Situation da oder dort". Dies geschieht, wenn die Verwirklichung der Forderungen als eine schrittweise Durchführung von Reformen, von Gesetzesänderungen ausgemalt wird, nicht als revolutionäre Schritte im Zuge der Zertrümmerung der politischen Macht der Bourgeoisie.

Dies geschieht, wenn die imperialistische Bourgeoisie nicht als von Natur aus chauvinistisch dargestellt, sondern der Chauvinismus, die Diskriminierung alles Nichtdeutschen, namentlich alles „Slawischen" als **eine** Politik, **eine** Tendenz neben einer anderen möglichen dargestellt wird. In Wahrheit ist aber die Erhebung der eigenen Sprache und Kultur durch die Bourgeoisie eine unbedingte Folge der Verwandlung des Kapitalismus der freien Konkurrenz in den Imperialismus, des „endgültigen Überganges von der 'Freiheit' zur Reaktion auf der ganzen Linie" (Lenin).

Die Beseitigung der Diskriminierung der nationalen Minderheiten, die Sicherung ihrer nationalen Existenz, kann endgültig nur durch den Sturz der imperialistischen Bourgeoisie erfolgen. Daher müssen auch die Forderungen, die in ihrer Gesamtheit eine demokratische Regelung der Probleme der nationalen Minderheit angeben, als Wegweiser zur revolutionären Zerschlagung der Herrschaft der imperialistischen Bourgeoisie verstanden werden.

2. Eine solche revisionistische Entstellung findet auch statt, wenn die hier besprochenen Forderungen aus der Gesamtheit des demokratischen Forderungsprogramms herausgerissen werden. Ohne die Schaffung eines Systems demokratischer Selbstverwaltungsorgane, ohne die Kontrolle der Beamten, Lehrer . . . durch das territorial organisierte Volk kann trotz formeller Beseitigung der Diskriminierung der Minderheit von ihrer endgültigen Tilgung aus dem öffentlichen Leben keine Rede sein. Das Volk muß die Möglichkeit haben, Chauvinisten wirklich aus Amt und Würden zu entfernen. Es muß die Möglichkeit bestehen, jeweils nach den regionalen Bedürfnissen Sprache und Kultur der Minderheit zu fördern und zu stützen. Ohne vollkommene Revolutionierung des Schulwesens im Sinne unserer Forderung kann auch die Aufnahme der Sprache, Kultur und Geschichte der Minderheit in den Unterricht sowohl für deren Jugend als auch für die sonstige Jugend nur halb bleiben.

Die bereits anerkannte Tatsache, daß ohne Verjagung des Hauptträgers von Chauvinismus und Diskriminierung, der Finanzbourgeoisie mit ihrer Gefolgschaft, die Beseitigung der beschämenden und entwürdigenden Zustände bei der Behandlung der nationalen Minderheiten unmöglich ist, kann auch so ausgedrückt werden, daß das wirkliche Programm des Proletariats gegenüber der nationalen Unterdrückung deren Verbot und Aufhebung auf der Grundlage der völligen Demokratisierung der Gesellschaft ist — also durch die Zerschlagung des imperialistischen Staatsapparates und seiner Ersetzung durch einen solchen vom Typ der Pariser Kommune

Die wirkliche Lage in Zaire — Stellungnahme von Marxisten-Leninisten Zaires

(Aus l'Humanité Rouge bimensuel — Zeitschrift der marxistisch-leninistischen Kommunisten Frankreichs)



„Kubaner, Sowjets: Geht nach Hause!", Massendemonstration in Kinshasa, Hauptstadt von Zaire.

Was die FNLC genau vertritt

Die ehemaligen Katanga-Gendarmen haben eine Söldnerlogik, die darin besteht, sich dem meistbietenden Imperialismus zu verkaufen. Zuerst waren sie bis zu dessen Zusammenbruch blindes Werkzeug des belgischen Kolonialismus im Kampf gegen die abtrünnige Provinz Katanga. Nachdem sie zusammen mit den auf traurige Art berühmt gewordenen Söldnern JAN SCHRAMM und BOB DENARD Tod und Vernichtung in die östlichen Gebiete unseres Landes getragen hatten, haben sie sich nach Angola geflüchtet und den portugiesischen Kolonialisten ihren Dienste angeboten. So haben sie die nationalen angolanischen Befreiungsbewegungen FNLA, UNITA und MPLA bekämpft und das angolanische Volk, das seine Unabhängigkeit erreichen wollte, brutal unterdrückt.

Anschließend haben sie die MPLA im Kampf gegen die beiden anderen Organisationen unterstützt. Heute ist der Sozialimperialismus wachsender Imperialismus, und er ist es, der die tatsächliche Kontrolle über Angola innehat. Die Katanga-Gendarmen sind in seinen Dienst getreten, und er läßt sie eine Verräterolle spielen, um seine Expansion und Beschlagnahme unseres Landes zu gewährleisten.

Der russische Sozialimperialismus bewaffnet die Katanga-Gendarmen und sorgt für ihre Ausbildung: er hat sie mit der Qualifikation von Revolutionären beschenkt, in der Hoffnung unser Volk narren und die internationale Meinung täuschen zu können.

Sicher, die Maske der sogenannten „Revolutionäre" und der sogenannten „Befreiungsfront", hinter der sich dieser Abfall der Kolonialmächte versteckt, hatte ein gewisses Echo unter einigen unserer Landsleute, und sie hat es geschafft, sie zu täuschen, indem sie sich mit den gerechten Bestrebungen unseres Volkes nach bestmöglicher Gestaltung der Lebensverhältnisse spekuliert.

Außerdem benützt der Sozialimperialismus, der die Fäden dieser Marionetten zieht, sehr geschickt bestimmte Probleme, die vom Kolonialismus vererbt wurden. Er fördert die ethnische Teilung in eine Lunda und eine Luba Bevölkerung, von denen ein wichtiger Teil sich in Süd-Shaba niedergelassen hat und in den Minen arbeitet, und benützt das ethnische Zugehörigkeitsgefühl einer großen Zahl von Mbumba-Söldnern, um junge Leute des Lunda Stammes in die Reihen seiner Lakaien zu ziehen.

Die Verantwortlichkeit der UdSSR und Kubas in dieser Offensive

Einige glauben, daß die Anwesenheit der Russen und Kubaner in den Kampfgebieten der einzige Beweis, der endgültige Nachweis sei, daß die Aggression in unserem Land auf Anstiftung der UdSSR erfolgt. Die augenblickliche Taktik der UdSSR besteht aber gerade darin, sich möglichst geschickt zu maskieren, mit der Absicht die internationale Meinung zu täuschen. Dabei profitiert die UdSSR in unserem Land von einigen Trümpfen, vor allem aber der Existenz bestimmter Überbleibsel des Kolonialismus wie den Katanga-Gendarmen, die sie zunächst einmal herumzuschieben versuchen wird, wobei sie selbst immer im Schatten bleibt. Dieses Vorgehen ermöglicht in der Folge ein direktes Eingreifen, dann „bei gesichertem Sieg" unter dem Deckmantel des proletarischen Internationalismus".

Es ist dieser heuchlerische Charakter des Sozialimperialismus, der ihn umso gefährlicher macht. Darauf muß man besonders achten. Trotz dieser Verschleierungspolitik wird die Verantwortlichkeit der UdSSR und der Kubaner für die aktuelle Aggression in unserem Land, besonders die Infiltration der Bevölkerung durch ihre Agenten vor und während der Kampfhandlungen immer deutlicher sichtbar.

Die Zeugenschaft der Bevölkerung Zaires und ausländischer Staatsangehöriger bestätigt die Anwesenheit von Kubanern und „Weißen" sogar in den Kampfgebieten, wo sie diskret von Katanga-Gendarmen umrahmt werden. Woher kommen die Aggressoren? Aus Angola, wo ungefähr 30.000 kubanische und katangische Söldner stationiert sind.

Es ist gut, sich daran zu erinnern, daß ihr Chef, General Mbumba, bereits zweimal in Moskau eingeladen war. Im November — Dezember 1975 im Kreis einer angolanischen Delegation und im März — April 1976 als Haupt seiner eigenen Delegation.

Ist diese Unterstützung der UdSSR und prosowjetischer Elemente für die FNLC ein Zufall? Und sei es nur die Unterstützung durch die demagogische Propaganda in ihren Presseorganen?

Wie die ML Zaires die Intervention Belgiens und Frankreichs einschätzen

Wir glauben, daß unser Volk, um siegreich gegen den sozialimperialistischen russischen Feind bestehen zu können, vor allem auf seine eigenen Kräfte zählen muß, und wir kämpfen dafür.

Wir glauben, daß unser Volk, um seine nationale Unabhängigkeit und territoriale Integrität verteidigen zu können, sich vor allem auf die eigenen Kräfte stützen muß und nicht auf fremde Kräfte, seien es auch befreundete. Gleichzeitig sagen wir aber, daß unter den bestehenden gegenwärtigen

Umständen, wo unser Land von einem sehr mächtigen und gemeinen Gegner angegriffen wird, wo unser Volk seine Streitkräfte noch entwickeln muß, die Intervention Frankreichs, die bestimmt als Basis die Wahrnehmung eigener Interessen hat, in dem Maße, indem sie sich der im Sold der UdSSR stehenden Aggressoren in den Weg stellt und somit in die Richtung Verteidigung der Unabhängigkeit unseres Landes geht, positiv ist.

Wir schätzen auch die Hilfe Belgiens, nichtsdestoweniger bedauern wir ein gewisses Zögern in bestimmten belgischen Kreisen, ja sogar eine gewisse Willfährigkeit gegenüber den zairischen Agenten des Sozialimperialismus, besonders gegenüber solchen, die sich in Belgien festgesetzt haben. Frankreich, Belgien und Zaire hatten einen gemeinsamen Feind: den russischen Sozialimperialismus, der auch die Unabhängigkeit Belgiens und Frankreichs bedroht. Deshalb ist es positiv, daß sie sich gegenseitig unterstützen (bei strenger Achtung der nationalen Souveränität jedes Landes), wenn einer von ihnen das Opfer eines Angriffs des gemeinsamen Feindes wird.

Für uns, die ML Zaires stellt sich die Frage, ob man, nicht nur in Worten sondern auch in Taten, der Möglichkeit einer antihegemonistischen Einheitsfront der Länder der dritten Welt mit den Ländern der zweiten Welt zustimmt oder nicht, und ob man dann um die Bildung einer solchen Einheit kämpft.



Ein von den belgischen Kolonialherren aufgestellter Söldnerhaufen: Die Katangagendarmen während des Kongokrieges.

Was uns betrifft, sagen wir, daß wir für eine solche sehr breite antihegemonistische Einheitsfront sind, die nicht nur die Länder der dritten Welt sondern auch die der zweiten Welt umfaßt und alle Völker der Welt. Eine solche Front behindert ganz speziell die Hegemoniebestrebungen der UdSSR. Deshalb tun auch die UdSSR und ihre revisionistischen Lakaien alles um sie zu sabotieren. Deshalb haben sie, um Druck auf Frankreich auszuüben und ihre sozialimperialistische Aggression zu verschleiern, eine Kampagne entfacht, die „die kolonialistische Intervention Frankreichs in Zaire" enthüllen soll. Es ist sinnlos, daß man von uns erwartet, dem beizustimmen und so dem Sozialimperialismus Hilfsdienste zu leisten.

Wie wir schon bei mehreren Gelegenheiten bekräftigt haben, sagen wir wieder, daß wir, obwohl wir gegen jeden Imperialismus kämpfen, man in der aktuellen Lage in unserem Land einen Unterschied zwischen den beiden Supermächten USA und UdSSR machen muß.

Obwohl wir gegen beide Supermächte, die die größten internationalen Ausbeuter und Unterdrücker, die größten Aggressionskräfte und Kriegstreiber unserer Epoche, die gemeinsamen Feinde der Völker der ganzen Welt sind kämpfen, ist es wichtig zu unterscheiden, welcher von beiden unser Land angreift.

Indem wir das tun, entlarven wir, weit entfernt, uns auf eine Supermacht oder irgendeinen anderen Imperialismus zu stützen, um gegen einen anderen zu kämpfen, auf bestmögliche Art den Hauptfeind unseres Landes, um so unsere Schläge gegen ihn zu konzentrieren und so die endgültige Zerschlagung des Imperialismus in unserem Land vorzubereiten.

In seinem Hauptwerke (Der linke Radikalismus) schreibt Lenin: „Einen mächtigeren Gegner kann man nur unter größter Anspannung der Kräfte und nur dann besiegen, wenn man unbedingt aufs angelegentlichste, sorgsamste, vorsichtigste, geschickteste sowohl jeden, selbst den kleinsten 'Riß' zwischen den Feinden, jeden Interessensgegensatz zwischen der Bourgeoisie der verschiedenen Länder, zwischen den verschiedenen Gruppen oder Schichten der Bourgeoisie innerhalb der einzelnen Länder als auch jede, selbst die kleinste Möglichkeit ausnutzt, um einen Verbündeten unter den Massen zu gewinnen, mag das auch ein zeitweiliger, schwankender, unsicherer, unzuverlässiger, bedingter Verbündete sein. Wer das nicht begriffen hat, der hat auch nicht einen Deut vom Marxismus und vom wissenschaftlichen und modernen Sozialismus überhaupt begriffen. Wer nicht während einer recht beträchtlichen Zeitspanne und in recht verschiedenartigen politischen Situationen praktisch bewiesen hat, daß er es versteht, diese Wahrheit in der Tat anzuwenden, der hat noch nicht gelernt, der revolutionären Klasse in ihrem Kampf um die Befreiung der gesamten werktätigen Menschheit von den Ausbeutern zu helfen. Und das Gesagte gilt in gleicher Weise für die Periode vor und nach der Eroberung der politischen Macht durch das Proletariat."

Und die Regierung Mobutu?

In der augenblicklichen sozialen Lage in Zaire, wo die Volksmassen immer noch verschiedenstes Elend und Leid ertragen müssen, streben sie nach einem demokrati-



Während der Vertreibung der Aggressoren 1977: Präsident Mobutu spricht in der Gefechtszone mit zairischen und marokkanischen Offizieren über die Gegenoffensive.

schen und erfolgreichen Regime. Der Ursprung des sozialen Systems und der gegenwärtigen Situation sind imperialistische Ausbeutung und Unterdrückung, was auch die schlechten Lebensverhältnisse der Massen erklärt.

Seit einiger Zeit ist die UdSSR für einen großen Teil der Verschärfung der ökonomischen Situation unseres Landes und der Verschlechterung der Lebensbedingungen der Volksmassen verantwortlich, weil sie Tätigkeiten folgender Art liefert: Bombardierung der Stadt Dilolo, Aufhetzung der Neto-Clique, den Schienenweg von Lobito, über den die Mineralien von Shaba und Kasal transportiert wurden, abzuschneiden, Bewaffnung und Aufhetzung seiner Söldner, die in wirtschaftliche Sabotage und Plünderung von Volksgut verwickelt sind. Außerdem begehen die Söldner faschistische Verbrechen wie kürzlich jenes in Kolwezi, das weitere, noch ärgere Verbrechen vermuten läßt, die vom Sozialimperialismus gegen unser Volk geplant sind, nach dem Muster der entsetzlichen Verbrechen und Massenvernichtungen der Hitlerfaschisten in Auschwitz, der Ghettos von Warschau...

Unser Volk wünscht sich eine demokratische und gedeihende, erfolgreiche Regierung. Das ist eine Sache, die nur unser Volk angeht und die nur bei voller Unanhängigkeit erreicht werden kann, die nicht unter irgendeiner ausländischen Einmischung leiden darf.

Die augenblicklich von der UdSSR durchgeführte Kampagne zur Maskierung ihrer Aggression und Intervention als „innere Angelegenheit Zaires" und Aufrechterhaltung des Märchens von einer „Volkserhebung" zeigt uns deutlich die Ungeduld des Sozialimperialismus, unser Land in Beschlag nehmen und unser Volk versklaven zu können. Wir haben gegenwärtig allen Grund, unsere Einheit mit Mobutu Sese Seko zu stärken und den Spaltungsmanövern der Sozialimperialisten ein Ende zu bereiten und so die Gefahr zu bekämpfen und zu beseitigen, die der Sozialimperialismus für die Unabhängigkeit und territoriale Souveränität unseres Landes darstellt.

In der letzten Zeit war die zairische Regierung unter Sese Seko wegen der drängenden Forderungen der Volksmassen unseres Landes und unter dem Einfluß der für die Kämpfe der Völker der dritten Welt günstigen internationalen Konjunktur zu einer Reihe von Maßnahmen im Sinne der nationalen Interessen gezwungen. Man muß nur einige dieser Maßnahmen zitieren;

— In der Innenpolitik: Verstaatlichung der Schulen, des Außenhandels, der Zölle; Maßnahmen bezüglich des Exports von Rohstoffen, bezüglich der Begrenzung der Devisenausfuhr, bezüglich der Vorrangstellung der Landwirtschaft in der Wirtschaft des Landes; Einrichtungen zur Verbesserung der Ausübung verschiedener kultureller Interessen der verschiedenen Nationalitäten und ethnische Neugruppierungen etc.

Allerdings sind wir anderen, die Marxisten-Leninisten, uns der Grenzen und Schwächen dieser Maßnahmen wohl bewußt und wir verlieren nie den Weg aus den Augen, den die Volksmassen unseres Landes noch zu gehen haben, um die Demokratie und besseren Lebensbedingungen wirklich zu erreichen. Auf jeden Fall schätzen wir die Durchführung dieser Maßnahmen in Richtung und Entwicklung der nationalen Unabhängigkeit als positiv ein.

So haben wir zum Beispiel auf dem Gebiet der Außenpolitik Mobutu Seko und seine Regierung den Willen der Volksmassen respektieren müssen und haben die Freundschaft und Verständigung mit anderen Völkern hergestellt: sie haben diplomatische Beziehungen eröffnet und mit der Volksrepublik China freundschaftliche Beziehungen hergestellt und Zusammenarbeit vereinbart während der Vertreter der Tschang Kaischek-Clique aus Zaire vertrieben wurden. Sie haben die Volksrepublik China anerkannt und die Bemühungen des Genossen Kim Ir Sen für eine Wiedervereinigung Koreas unterstützt, die GRUNK und FUNK schon vor dem endgültigen Sieg des Volkes in Kampuchea über den amerikanischen Imperialismus und seine Marionetten anerkannt, ebenso die Politik der PRR in Südvietnam, den arabischen und palästinensischen Befreiungskampf unterstützt, die PLO als die legitime Vertreterin ihres Volkes anerkannt, die Bande mit dem israelischen Zionismus zerrissen, deren diplomatische Vertreter, Experten und Techniker aus Zaire hinausgeworfen. Sie haben an der Kampagne der Entlarvung der beiden Supermächte teilgenommen (z.B. Konferenz der blockfreien Länder in Algier, 1973), sich eingereiht in den Kampf der Länder der Dritten Welt um eine neue ökonomische Weltordnung, die Beziehungen zur OAU normalisiert, deren Anstrengungen, einen Beitrag zum Befreiungskampf im Südlichen Afrika zu leisten, sie immer unterstützt haben.

1975 wurde ein Komplott des amerikanischen Imperialismus aufgedeckt und auf Grund von Unzufriedenheit über verschiedene Maßnahmen, die einen Eigriff in zairische Angelegenheiten bedeuteten, wies das Regime Mobutu Sese Seko den amerikanischen Botschafter aus dem Land und weigerte sich seither, einen neuen amerikanischen Botschafter zuzulassen.

Und vor allem schätzen wir in der gegenwärtigen Lage des Kampfes unseres Volkes besonders seine Opposition gegen den russischen Sozialimperialismus. Diese Position hat ihn in Übereinstimmung mit dem Volk dazu gebracht, den kubanischen Botschafter und den der DDR auszuweisen; die diplomatischen Missionen wurden geschlossen. Erst kürzlich erklärte er, werde die diplomatischen Beziehungen zur UdSSR überdenken; wir fordern die Ausweisung des Botschafters und aller anderen Mitglieder der russischen Botschaft, wo es von Spionen des KGB wimmelt.

Mobutu Sese Seko und wir befinden uns im Kampf gegen den sozialimperialistischen Feind auf demselben Ast, und wir führen den gleichen Kampf für die Verteidigung der territorialen Integrität.

Hauptzielscheibe, den russischen Sozialimperialismus und seine Söldner.

Stellen wir also klar die Frage:

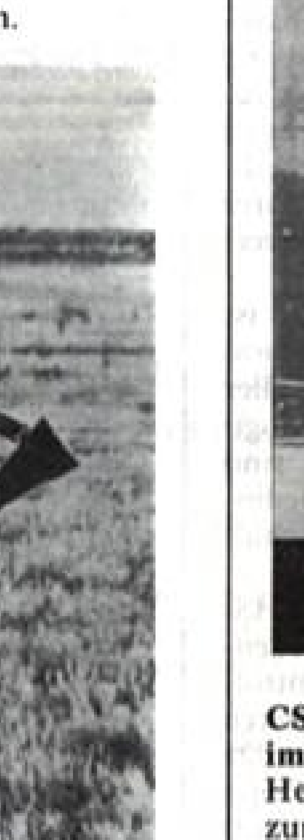
— Widersetzt sich Mobutu der gegenwärtigen Aggression, deren Opfer unser Land ist, oder nicht?

— Geht seine gegenwärtige Opposition gegen den Sozialimperialismus nicht in Richtung Verteidigung der nationalen Unabhängigkeit und entspricht sie daher nicht den Vorstellungen unseres Volkes?

Wenn es wirklich so ist, daß Mobutu sich dem Sozialimperialismus und seinen Söldnern widersetzt, dann ist es gut, sehr gut sogar!

Perspektiven des Kampfes in Zaire

— Die UdSSR wird nicht freiwillig darauf verzichten, unser Land, das für sie eine ausgezeichnete Beute darstellt, zu beherrschen, weil sie, wenn wir einmal unter ihrem Einfluß gefallen sind, das Eindringen in Afrika weitertreiben könnten und ihre Pläne schneller verwirklichen könnten: ganz Afrika und den Rest des Globus zu beherrschen. Wie immer die gegenwärtigen Ereignisse enden werden, wir müssen unsere Kräfte auf nationaler Ebene einigen und uns auf einen langandauernden Widerstand einstellen. Dieser Widerstand kann nur wirklich von Dauer und erfolgreich sein, wenn wir unser ganzes Volk dafür mobilisieren.



Zairische Soldaten bewachen den Flughafen von Kolwezi, nachdem sie ihn von den russisch-kubanischen Söldnern zurückerobert haben

Der russische Sozialimperialismus ist der gefährlichste Feind unseres Volkes.

Manche meinen, daß wir nun, da die russischen Sozialimperialisten unser Land angreifen, Mobutu als Hauptzielscheibe unseres Kampfes sehen sollen. Die Position führt objektiv dazu, die Pläne des Sozialimperialismus bezüglich unseres Landes zu unterstützen. Andere wollen, daß wir gleichzeitig in mehreren Richtungen angreifen sollen; sie drängen uns dazu, blind zu kämpfen und weigern sich gegen eine Konzentration unserer Schläge und Kräfte gegen unsere

Damit diese Mobilisierung Wirklichkeit wird und zum höchsten Interesse unseres Landes, besitzen unsere Vorschläge vom letzten Jahr noch immer Gültigkeit.

1. Alle verschiedenen Bevölkerungsschichten, vor allem Arbeiter, Bauern, revolutionäre Intellektuelle und alle anderen Patrioten müssen das Recht haben, sich frei zu organisieren, auf politischer, gewerkschaftlicher, kultureller usw. Ebene.

2. Das Monopol einer einzigen politischen Partei im gesellschaftlichen sozialen Leben des Landes muß aufhören.

3. Alle politischen Gefangenen außer den Verrätern an der Nation müssen sofort freigelassen werden. Die Agenten des russischen Sozialimperialismus müssen verjagt, bestraft und mit Energie bekämpft werden.

4. Die Lebensbedingungen der arbeitenden Massen müssen stark verbessert werden.

5. Was die bestehende Armee betrifft, so muß sie reorganisiert werden; gereinigt von verräterischen, diebischen, korrumpierten Offizieren ohne patriotisches Bewußtsein, ersetzt durch kompetente Offiziere mit patriotischem Bewußtsein, ohne ethnischen Überlegungen. Die Lebensbedingungen der einfachen Soldaten und ihrer Familien müssen verbessert werden: Belohnung für die Soldaten, die durch ihren Mut und ihre Entschlossenheit im Kampf gegen den sozialimperialistischen Feind und seine kubanischen Söldner und die Katanga-Gendarmen besonders auffallen; Beendigung der Belästigung der Zivilbevölkerung. Die Armee muß im Geiste der Liebe zu Volk und Vaterland erzogen werden.

6. Die Bande mit den Ländern der Dritten Welt und vor allem die Freundschaftsbande und die Zusammenarbeit mit der Volksrepublik China müssen verstärkt werden.

(Zwischentitel von der Redaktion)

Die Erfahrungen aus den bisherigen Kämpfen der Studenten gegen das Pädagogikum

Die Pädagogikumsstudienordnung

Im Jahre 1971 wurde mit dem Gesetz für die geistes- und naturwissenschaftlichen Studien, auch Philosophengesetz genannt, die Grundlage für die Pädagogikumsstudienordnung gelegt. Die Bewegung der Studenten richtete sich daher schon frühzeitig gegen den §10 dieses Gesetzes, welcher Zeit und Dauer des Schulpraktikums festlegt. Gestützt darauf beschloß das Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung am 31. März 1977 die „Studienordnung für die pädagogische Ausbildung der Lehramtskandidaten“.

Die Pädagogikumsstudienordnung beinhaltet eine genaue Regelung sowohl der allgemeinpädagogischen und fachdidaktischen Ausbildung, als auch die Durchführung eines Schulpraktikums (praktische Ausbildung an der Schule) der Lehrer für die Allgemeinbildenden Höheren Schulen (AHS). Das Ministerium will mit der Studienordnung die Ausbildung der AHS-Lehrer einer stärkeren Reglementierung unterwerfen.

Die Pädagogikums-Studienordnung ist nur Teil der gesamten Hochschulreform und hat große Bedeutung, da sie ca. 1/3 aller Studenten betrifft. Ist erst die Pädagogikums-Studienordnung durchgesetzt, sind für die Regierung wesentlich bessere Bedingungen vorhanden, die gesamte Hochschulreform durchzusetzen.

Die genaue Reglementierung der AHS-Lehrerausbildung ist von größter Bedeutung für die Aufrechterhaltung der Kontrolle über die allgemeinbildenden höheren Schulen. Gerade in den letzten Jahren mußte der bürgerliche Staat zu Mitteln offener Unterdrückungsmaßnahmen gegen fortschrittliche und revolutionäre Lehrer greifen, da diese sich nicht dem Willen der Bourgeoisie unterwerfen wollten. Dem versucht die Bourgeoisie auf lange Sicht entgegenzutreten, indem sie schon bei der Ausbildung der Lehrer möglichst verhindert, daß fortschrittliche und revolutionäre Lehramtsstudenten das Lehramt wirklich erreichen. Mit der Einführung des Schulpraktikums, in der jetzigen Form hat der bürgerliche Staat ein wichtiges Mittel in der Hand, unter den Lehramtsstudenten zu sieben. Zudem soll die Zahl der Lehramtsstudenten gesenkt werden („Lehrerschwemme“) und weiters erhofft sich die Bourgeoisie damit einige Kostenersparnis. Es ist daher kein Wunder, wenn der Staatsapparat heute sehr darauf bedacht ist, keine Zeit mehr zu verlieren bei der Durchsetzung dieser neuen Studienordnung.

Welches sind die konkreten Maßnahmen in der Pädagogikumsstudienordnung, mit denen das Ministerium diese Pläne verwirklichen will?

Die Verschulung und Reglementierung des Lehramtsstudiums

Mit der Pädagogikums-Studienordnung wird genau vorgeschrieben, welche Lehrveranstaltungen zu welcher Zeit gemacht werden müssen. Zudem müssen bestimmte Fristen eingehalten werden (nach dem 1. Studienabschnitt eine 3-Semesterfrist, sonst kann das Studium nicht weitergeführt werden). Die Pflichtstundenanzahl für das pädagogische Begleitstudium (neben dem Haupt- und Nebenfach) wird drastisch erhöht.



Die Broschüre enthält die Aufsätze Lenin: „Die Aufgaben der revolutionären Jugend“ (1903) und „Die Studentenbewegung und die gegenwärtige politische Lage“ (1908)

Der aktuelle Kommentar zieht einige wichtige Lehren aus den beiden Aufsätzen Lenins für die Politik der Kommunisten unter den Studenten heute in Österreich.

40 Seiten, Preis S 5.-

Zu beziehen über: Alois Wieser Ges.m.b.H., Vertrieb revolutionärer Literatur und Schallplatten, 1042 Wien, Postfach 13

Diese Maßnahmen erschweren die Beteiligung der fortschrittlichen Lehramtsstudenten am Klassenkampf. Sie erschweren die Auseinandersetzung mit der bürgerlichen Wissenschaft, da genau vorgeschrieben wird, was man zu studieren hat, die Zeit damit voll ausgefüllt ist und kaum die Möglichkeit besteht, zusätzliche, für die Auseinandersetzung mit der Unterrichtspraxis wichtige Lehrveranstaltungen zu besuchen. Zudem sind die verschiedenen Fristen und die Pflichtstundenerhöhungen gerade für die ärmeren Studenten ein großes Hindernis. Die unbemittelten Studenten können ihr Studium nur finanzieren, wenn sie arbeiten gehen. Dadurch ist es ihnen oft nicht möglich, bestimmte Termine so einzuhalten, wie es durch die staatliche Bürokratie vorgeschrieben ist. Damit werden noch mehr unbemittelte Studenten zum Abbruch des Studiums gezwungen werden. Für Studenten mit reichen Eltern sind die Auswirkungen dieser Maßnahmen viel weniger spürbar.

Die Lehramtsstudenten stellen daher völlig gerechtfertigt die Forderungen auf:

– *Gegen die drastische Vermehrung der Pflichtstunden!*

– *Keine Reglementierung und Verschulung des Lehramtsstudiums!*

Das Schulpraktikum

Das Schulpraktikum ist für die Zeit von Jänner bis März (im 6. Semester) festgelegt. Dadurch entfallen die Februarferien für diese Lehramtsstudenten. Gerade die Februarferien werden hauptsächlich für Prüfungsvorbereitungen bzw. zum Geldverdienen genutzt. Auch dies ist eine Maßnahme, die sich vor allem gegen die ärmeren Studenten richtet.

Ziel des bürgerlichen Staates ist es, daß das Praktikum in einem Block abgehalten wird, zudem legen die Behörden den Ort des Praktikums sowie den Praktikumsbetreuer (AHS-Lehrer) fest. Diese Maßnahmen, verbunden mit der Benotung des Praktikums, zielen darauf ab, die Lehramtsstudenten genau auf jene Unterrichtsmethoden einzuschwören, die der staatlichen Bürokratie genehm sind. Es soll verhindert werden, daß die Lehramtsstudenten ihre Ansichten über die Unterrichtspraxis im Schulpraktikum verwirklichen und sich darüber mit Schülern, Lehrern und Eltern auseinandersetzen. Besonders deutlich wird dies z.B. bei der Art der Benotung durchgeführt: Der Leiter der Lehrveranstaltung (Professor auf der Universität) gibt die Note nach einem Bericht des Praktikumsbetreuers, ohne selbst auch nur das mindeste gesehen oder gehört zu haben. die Beurteilung ist nur dazu da, die Studenten niederzuhalten und Kritik zu unterbinden.

Außerdem hat die Schulbehörde ein Recht, unliebsame Lehramtsstudenten vom Schulpraktikum auszuschließen, falls diese die „Schulordnung gefährden“.

Aufhebung des Blockcharakters, Möglichkeit, das Schulpraktikum über die Dauer des Studiums aufzuteilen!

Freie Wahl des Zeitpunkts für das Praktikum, des Ortes und des Praktikumsbetreuers!

Keine Benotung des Schulpraktikums! Nur Teilnahmescheine!

Keine Weisungsberechtigung der Schul- und Unterrichtsbehörden!

Die Pädagogik-Studienordnung sieht nur die Abgeltung der Fahrtkosten vor, alle anderen eventuell entstehenden Mehrkosten muß der Lehramtsstudent selbst tragen. Diese Mehrkosten können aber – gerade bei der gegenwärtigen Regelung, nach der Studenten auch in entlegene Orte zur Absolvierung des Praktikums geschickt werden können, sehr beträchtlich werden.

Abgeltung aller Mehrkosten!

Diese Forderungen der Lehramtsstudenten sind gerecht. Die Volksmassen können für die Unterstützung dieser Bestrebungen der Lehramtsstudenten gewonnen werden, denn sie haben keinerlei Interesse an der heutigen Unterrichtspraxis an den AHS, wo vom Volk abgesondert eine sogenannte „Elite“ herangezogen wird.



Plakat der Hochschulorganisationen des KB zum Streik gegen das Pädagogikum

Die bisherigen Auseinandersetzungen und die Entwicklung der Bewegung gegen die Pädagogikumsstudienordnung

Einen heftigen Ausbruch der Auseinandersetzungen zwischen Lehramtsstudenten und dem Staat gab es im Jahre 1974/75, anläßlich der Herausgabe eines Entwurfs einer Pädagogikums-Studienordnung durch das Ministerium. Unmittelbar nach Bekanntwerden des Entwurfs des Ministeriums kam es zu Protestaktionen. Komitees und Initiativen von Studenten wurden gebildet, die überwältigende Mehrheit der Studentenvertreter sprach sich gegen den Entwurf aus. Am 6. Juni 1974 beschloß der Zentralausschuß (ZA) der Österreichischen Hochschülerschaft (ÖH) die sofortige **Rücknahme des Studienordnungsentwurfs,** sowie eine Reihe von Mindestforderungen für eine Pädagogikumsstudienordnung (siehe Kasten). Schon bald aber brechen die Widersprüche unter den Studenten auf. Während die breite Masse der Studenten auf Kampfmaßnahmen drängte, wollte sich die von der ÖSU (Österreichische Studentenunion, ÖVP-Studentenorganisation) gestellte Führung der ÖH auf Verhandlungen mit dem Ministerium verlegen. Trotzdem beschloß in Wien eine Hörerversammlung die Durchführung einer Demonstration, und am 20. Juni 1974 demonstrierten in Wien über 800 Studenten gegen den Pädagogikumsentwurf der Regierung. Die ÖH-Führung distanzierte sich.

Im Laufe der Zeit wurde es auch für die ÖH-Führer klar, daß auf dem eingeschlagenen Weg nichts anderes zu erreichen ist als die völlige Isolierung von der Masse der Studenten. Die Regierung übt eine Hinhaltetaktik, arbeitet neue Entwürfe aus – aber die Hauptpunkte, die den Widerstand der Studenten hervorgerufen haben, bleiben unverändert. Im Jänner 1975 ruft schließlich die ÖH zu einem eintägigen Warnstreik unter der Hauptparole „Gegen das Pädagogikum“ auf, der nach Angaben der ÖH lückenlos befolgt wird.

Daraufhin verlegt sich das Ministerium neuerlich darauf, die Zeit für sich arbeiten zu lassen. Die ÖH-Führung kommt dem entgegen. Sie ist mit Verhandlungen und Begutachtung von Entwürfen genügend beschäftigt, nachdem sie mit dem Vorlesungsstreik gezeigt hat, daß „die Studenten hinter ihr“ stehen.

Zwar arbeiten noch längere Zeit verschiedene Komitees, aber in der Bewegung gegen die Pädagogikumsstudienordnung macht sich die Orientierungslosigkeit breit. Da das Ministerium den Studenten nicht einmal neue Entwürfe auf den Tisch knallt, die Bewegung aber nur von der einen negativen Losung „Gegen das Pädagogikum“ zusammengehalten wurde, zerfällt sie. Bis ins Jahr 1976 kommt das Pädagogikum noch im Zusammenhang mit verschiedenen anderen Fragen zur Sprache, etwa mit dem Lehrerstop. Danach wird es völlig still.

Am 31. März 1977 kann das Ministerium seine Verordnung erlassen: Mit dieser Niederlage, die die Studentenbewegung hinnehmen mußte, ist der Widerstand gegen die Pädagogikums-Studienordnung jedoch nicht erloschen. Der Kampf der Lehramtsstudenten um ihre Studienbedingungen ist vielmehr in eine neue Etappe getreten.

Die Studienordnung selbst ist nur die

Grundlage für die Ausarbeitung eines Studienplanes. Ohne die neuen Studienpläne der verschiedenen Studienrichtungen kann die Pädagogikums-Studienordnung nicht praktisch verwirklicht werden. Durch Blockveto der Studienrichtungsvertreter in den Studienkommissionen (drittelparitätisch besetzte Kommissionen aus Professoren, Assistenten und Studenten zur Verabschiedung der Studienpläne) konnten die Studienpläne in einer Reihe von Studienrichtungen bisher verhindert werden. Dieser „legale" Widerstand der Lehramtsstudenten ist aber sehr eng begrenzt, da dieses Blockveto (nur wenn alle Studentenvertreter geschlossen dagegen sind) nach dreimaliger Erneuerung ausläuft. Zudem steht eine UOG-Novelle bevor, welche dieses Blockveto unterbinden soll.

Tatsache ist aber, daß sowohl auf der Hochschule in Klagenfurt als „Reform-" und „Ausprobierhochschule" seit 1977 nach der Pädagogikumsstudienordnung ausgebildet wird und im Herbst, vorerst nur in einigen Studienrichtungen, die Einführung droht. Denkbar ist auch, daß das Ministerium — ohne Studienpläne — per Erlaß die wichtigsten Punkte der Pädagogikums-Studienordnung einführt.

Bis zum Sommersemester 79 bzw. Wintersemester 80 will das Ministerium die Studienordnung vollkommen durchgesetzt haben.

Die Erfahrungen aus Klagenfurt sowie die akute Drohung führte zu einem starken Aufschwung der Bewegung gegen die Pädagogikums-Studienordnung. Die Lehramtsstudenten schlossen sich wiederum in verschiedensten Initiativen zusammen und forderten in zunehmendem Maße Kampfmaßnahmen. Der ZA der ÖH mußte daher am 26.4.78 einen Beschluß fassen zur Durchführung einer Aktionswoche vom 5.-9.Juni, sowie zu einem gesamtösterreichischen Streik am 6.Juni aufrufen. Den ÖSU-Spitzen in der ÖH gelang es nicht, von vornherein die ganze Bewegung auf einige „Verhandlungen" ihrerseits zu beschränken.

Der Beschluß des ZA der ÖH vom 26.4. ist aber nicht geeignet für den Zusammenschluß der Lehramtsstudenten zur Beseitigung der reaktionären Pädagogikumsstudienordnung. Beinhaltet der ZA-Beschluß aus dem Jahre 1974 noch die „sofortige Rücknahme des Studienordnungsentwurfes", so setzt der neue ZA-Beschluß nicht als Voraussetzung für die Durchsetzung eines positiven Schulpraktikums die Rücknahme der Studienordnung durch das Ministerium. Er dient nicht diesem ersten und vordringlichen Ziel. Weiters beinhaltet er die Forderung nach der integrierten Gesamtschule, was ein weiterer Schritt ist, von den direkten Kampfschritten gegen die Pädagogikumsstudienordnung abzulenken (siehe Teil 4 dieses Artikels). Bei den „Verhandlungen" der ÖSU-Spitzen mit dem Ministerium kurz vor dem Streik zeigte sich auch sehr deutlich, daß dieser Beschluß nur als Absprungbasis für die völlige Unterwerfung der Interessen der Lehramtsstudenten unter die Pläne des Staates und der Regierung gedacht war.

In einer gewissen Weise konnte der Beschluß dennoch genutzt werden: sowohl die teilweise beschlossenen Forderungen zur positiven Gestaltung eines Schulpraktikums, sowie die Festlegung auf Durchführung einer Aktionswoche und des Streiks konnten genutzt werden für den Aufbau einer Front gegen Ministerium und Regierung. Tatsächlich konnten sich beträchtliche Teile der Lehramtsstudenten während des Verlaufs der Aktionswoche mittels Resolutionen und Beschlüssen richtige Grundlagen für ihren Kampf schaffen.

Der Verlauf der Aktionswoche und des Streiks

Die Vorbedingungen für einen einheitlichen aktiven Verlauf des Streiks und der Aktionswoche waren nicht gut. Der Unmut der Lehramtsstudenten war zwar groß, doch die Meinungs- und Willensbildung noch kaum in Gang gekommen. Die verschiedenen Hauptausschüsse der ÖH an den einzelnen Hochschulen taten das, was sie gerade für richtig hielten (obwohl sie zum überwiegenden Teil von der ÖSU dominiert werden). Entweder taten sie nichts zur Vorbereitung des Streiks (wie auf der Universität Wien) oder sie wollten die gesamte Bewegung auf eine bestimmte Forderung beschränken, wie gegen die Benotung (Klagenfurt/Celovec—VSStÖ—dominiert).

Die Situation war kritisch, denn die Zeit drängte. Es mußten Kräfte gesammelt und zur Wirkung gebracht werden, da im Herbst die Gefahr besteht, daß die Pädagogikumsstudienordnung zum Teil wirksam wird. Wollte man nicht alle Chancen aus der Hand geben, dem Ministerium doch noch erfolgreich entgegentreten zu können, mußten zumindest folgende Ziele erreicht bzw. große Schritte vorwärts zu ihrer Erreichung getan werden:

— dafür zu sorgen, daß die Aktionswoche und der Streik an allen Hochschulen mit Lehramtsstudenten und in der Mehrheit der wichtigen Studienrichtungen **aktiv** durchgeführt wird. Aktiv streiken hieß in diesem Fall vor allem, daß die Studenten nicht zu Hause bleiben, sondern in Versammlungen und Veranstaltungen sich Klarheit über Ziele und Aufgaben des Kampfes verschaffen.

— daß diese Meinungs- und Willensbildung an allen Hochschulen mit Lehramtsstudenten und in der Mehrheit der wichtigeren betroffenen Studienrichtungen mit beschlußmäßigen Festlegungen richtiger Kampfziele und -schritte abgeschlossen wird und sich selbständige Zusammenschlüsse für den Kampf darum herausbilden und festigen.

— daß die Bildung eines gesamtösterreichischen Ausschusses angestrebt wird, der mit klaren Aufträgen durch die Streikversammlungen gebildet werden sollte, der vom Ministerium die Aufnahme von Verhandlungen über die Rücknahme der Pädagogikumsstudienordnung und die Einführung eines Praktikums im Sinne der Forderungen verlangt und weitere Kampfmaßnahmen organisieren sollte.

Resolution der 1. ordentlichen Nationalen Delegiertenkonferenz des Kommunistischen Bundes Österreichs zur Arbeit der Kommunisten unter den Studenten

Resolution
der 1. ordentlichen
Nationalen Delegiertenkonferenz
des
Kommunistischen Bundes Österreichs
zur Arbeit der Kommunisten
unter den Studenten

KB Kommunistischer Bund Österreichs

Die Resolution anallysiert die soziale und politische Lage und Differenzierung der Studenten, die Politik der Bourgeoisie auf dem Gebiet der Hochschulreform und gegenüber den Bewegungen der Studenten, legt die Linie für die Arbet der Kommunisten unter den Studenten fest. Ausführlicher Tabellenanhang.

Separatdruck aus den Dokumenten der 1. ordentlichen Nationalen Delegiertenkonferenz des Kommunistischen Bundes Österreichs im Jänner 1978.
18 Seiten, Preis S 2.-
Zu beziehen über A. Wieser Ges.m.b.H., Vertrieb revolutionärer Literatur und Schallplatten,
1042 Wien, Postfach 13

Kommunistische Studentenzeitung/-Sondernummer zum Streik


Kommunistische Studentenzeitung

Nieder mit dem Komplott von Ministerium und ÖSU-Spitzen! Aktiver Streik am Dienstag! Rücknahme des Pädagogikum!

Letzte Meldung

Die Sondernummer zum Streik behielt ihre Aktualität durch die in ihr abgedruckten Dokumente: – Auszug aus der Studienordnung für die pädagogische Ausbildung der Lehramtskadidaten, – Auszug aus dem „Konzept zur Gestaltung der pädagogischen Ausbildung für das Lehramt" (Projekt des Wissenschaftsministeriums), – Auszug aus dem Studienplanentwurf zum Pädagogikum in Graz, – Auszug aus dem geheimen Entwurf des Durchführungserlasses für das Schulpraktikum.

Die Dokumente sind mit einem Kommentar versehen. Die Sondernummer enthält weiters Erfahrungsberichte mit dem Pädagogikum Klagenfurt und einen Artikel über die Schulreform der Bourgeoisie.
8 Seiten, Preis S 3.- Erhältlich über: Redaktion KSZ, 1080 Wien, Mölkergasse 3

Nach diesen Punkten muß auch der Verlauf der Aktionswoche und des Streiks beurteilt werden.

In der Vorbereitung der Aktionswoche und des Streiks bildeten sich nun tatsächlich eine Reihe von Initiativen, da es immer deutlicher wurde, daß die ÖSU-Spitzen in der ÖH nicht gewillt waren diesen Streik aktiv zu führen. Kurz vor der Aktionswoche kam es zu Geheimverhandlungen zwischen ÖSU-Spitzenmandataren und dem Ministerium. Die ÖSU-Spitzen ließen verbreiten, welche „erfolgreichen Verhandlungen" geführt wurden und die „Forderungen der Studenten sind erfüllt". Sie wollten keinen aktiven Streik mehr, sondern nur mehr eine „Informationswoche zum Pädagogikum". Die Spitzen der ÖSU ließen sich vollkommen vom Ministerium zur Abwiegelung und Zerstörung des Streiks benutzen. Anfänglich gelang es ihnen auch, einige Verwirrung (vor allem auf dem Weg über die bürgerliche Presse) zu stiften, ob jetzt gestreikt wird oder nicht. Das wirkte sich so aus, daß z.B. am Mathematischen Institut in Wien am Montag, dem 5.6. (also einen Tag vor dem Streik) noch Lehrveranstaltungen für den Streiktag geplant wurden. Doch die Rechnung des Ministeriums und der ÖSU-Spitzen ging nicht auf. Die Studienrichtungsvertreterinitiative (STRV-Initiative) Wien rief zum Streik auf, verhinderte die geplanten Lehrveranstaltungen, sodaß der Streik am Mathematischen Institut lückenlos durchgeführt wurde, 80 Studenten zur Streikversammlung kamen und zwei Lehramtsstudenten für den Verhandlungsausschuß wählten. Ähnlich wie auf der Mathematik in Wien erlitt die ÖSU-Spitze auch an den anderen Hochschulen in Österreich eine Niederlage.


300 Pädagogikstudenten in der Innsbrucker Streikversammlung

Der Verlauf des Streiktages

INNSBRUCK

Der Streik wurde in Innsbruck sehr gut und auf breitester Basis geführt. Die Studienrichtungsvertreterinitiative, die während des Streiks in das „Komitee zur Rücknahme des Pädagogikums Innsbruck" umgewandelt wurde, führte eine Streikversammlung mit über 300 Studenten durch. Auf dieser Versammlung wurden die obengenannten Forderungen beschlossen und zwei Vertreter für den Verhandlungsausschuß gewählt. Der Streik wurde an allen wichtigen Studienrichtungen aktiv durchgeführt. Ebenso beteiligen sich die Studienrichtungsvertretungen der wichtigsten Studienfächer am Komitee: Germanistik, Mathematik, Romanistik, Anglistik, Geschichte, Geographie, Biologie, aber auch andere, wie die kombinierte und die selbständige Religionspädagogik.

WIEN

An allen wichtigen Studienrichtungen wurde der Streik fast lückenlos durchgeführt. Die Meinungs- und Willensbildung konnte nicht in dem Maß wie in Innsbruck vorangetrieben werden, ebenso beteiligten sich auch wichige Studienrichtungsvertretungen wie die Anglistik, Romanistik und Geographie nicht an der „Studienrichtungsvertreterinitiative Wien". Bei den verschiedenen Institutshörerversammlungen waren insgesamt ca.300 Studenten beteiligt. Vertreter für den Verhandlungsausschuß wurden in den Studienrichtungen Mathematik/Physik und Biologie gewählt. Die wohl bedeutendste Schwächung des Streiks in Wien erfolgte durch den chaotischen Verlauf der zentralen Streikversammlung. Die zentrale Streikversammlung, an der anfangs über 500 Studenten teilnahmen, konnte aufgrund der Manöver von ÖSU und KSV, den von den Kommunisten nicht entsprechend entgegengetreten wurde, nicht für den Aufbau einer Front der Lehramtsstudenten gegen die Pädagogikumsstudienordnung genutzt werden (siehe Anhang: Bericht von der zentralen Streikversammlung in Wien).

Zwei Tage später, noch in der Aktionswoche, holte die STRV-Initiative nach, was noch möglich war, um erstens die Streikergebnisse zusammenzufassen und das weitere Vorgehen festzulegen. Die 66 Teilnehmer der Veranstaltung beschlossen die Rücknahme der Pädagogikumsstudienordnung und ein Schulpraktikum im Sinne der anfangs stehenden Forderungen, sowie die Orientierung auf weitere Aktivitäten, aktiven Streik und Demonstration, im Herbst. Sie drückten ihre Entschlossenheit aus, die Durchführung der neuen Studienordnung nicht zu akzeptieren. Weiters wurde die Bildung eines Komitees , in dem auch die STRV-Initiative arbeiten soll, beschlossen.

KLAGENFURT/CELOVEC

Auf einer Streikversammlung von ca. 50 Teilnehmern wurde die Forderung nach Rücknahme der Pädagogikumsstudienordnung sowie ein Schulpraktikum im Sinne der oben genannten Forderungen beschlossen. Es wurde das Klagenfurter „Pädagogikumskomitee" gebildet, in dem auch der Hauptausschuß der ÖH Klagenfurt mitarbeitet. Dieses Komitee soll auch Vertreter für Verhandlungen mit dem Ministerium stellen.

GRAZ

Am Streiktag versammelten sich ca. 300 Studenten vor der Grazer Universität zu einer Kundgebung gegen die Pädagogikumsstudienordnung. Dieser breite Protest formierte sich trotz der Versuche der reformistischen Kräfte unter Führung der DSU-ÖH, vom Kampf gegen die neue Studienordnung und gegen das Ministerium abzulenken. An den wichtigsten Studienrichtungen (Germanistik, Romanistik, Mathematik, Anglistik, Turnen, Geschichte) wurde auch in Graz der Streik lückenlos durchgeführt.

Aufgrund der Stärke der reformistischen Kräfte konnte die Streikversammlung, an der 120 Studenten (eher wenig, da Graz die zweitgrößte Universität hat) teilnahmen, nicht genutzt werden, um den Protest der Lehramtsstudenten klar gegen die Pläne des Ministeriums mit der Pädagogikumsstudien-


Die Innsbrucker Pädagogikstudenten verabschieden eine Resolution gegen das Pädagogikum an das Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung.

ordnung auszurichten. Im Aktionskomitee Graz, in dem die reformistischen Kräfte dominieren (ÖSU, DSU, VSStÖ, KSV), beteiligt sich auch der Hauptausschuß Graz.

LINZ

In Linz war die Beteiligung am aktiven Streik nicht sehr gut, was auch in der geringen Teilnehmerzahl von 30 Studenten an der Hörerversammlung zum Ausdruck kommt.

SALZBURG

In Salzburg wurde der Streik an den großen Instituten lückenlos durchgeführt. Aufgrund des großen Einflusses des KSV gab es keine zentrale Streikversammlung, sondern fast ausschließlich nur „Alternativveranstaltungen". Dennoch konnte auf einer ÖH-Veranstaltung eine richtige Orientierung durchgesetzt werden. Die Resolution wurde von der STRV Psychologie eingebracht (siehe KSZ 4/78, S.5).

Die Bedeutung von Streik und Aktionswoche und die nächsten Schritte zur Vorbereitung der Herbstaktivitäten

— der Streik wurde an den bedeutendsten Studienrichtungen der größten Hochschulen fast lückenlos, aber nicht überall aktiv durchgeführt (aktiv beteiligten sich ca. 1.200 — 1.500 Studenten am Streik).

— die Meinungs- und Willensbildung hat gute Fortschritte erzielt gegenüber der Situation vor dem Streik. Auch dort, wo es bisher kaum Ansätze für eine Orientierung des Kampfs auf die Rücknahme des Pädagogikums waren, wie in Salzburg und Klagenfurt, hat es Erfolge gegeben. In bezug auf die Vertiefung und Verbreitung von Klarheit über Aufgaben und Ziele der Bewegung ist jedoch noch einiges zu leisten.

— die Bildung eines gesamtösterreichischen Verhandlungsausschusses wurde zwar angestrebt, aber nicht erreicht (dies war aufgrund der sehr schlechten Ausgangsbedingungen auch kaum zu erwarten), jedoch vorbereitende Beschlüsse wurden gefaßt und einige Vertreter gewählt. Vor allem kommt in einer Reihe von Beschlüssen und Resolutionen der Lehramtsstudenten der Wille zur Zusammenarbeit auf gesamtösterreichischer Ebene und die Orientierung auf weitere Kampfschritte im Herbst zum Ausdruck.

Der Streik und die Aktionswoche konnten weitgehend erfolgreich beendet werden und haben schließlich Grundsteine für eine Festigung und Stärkung der organisierten Kräfte der Bewegung in Komitees und Initiativen geschaffen.

Obwohl es nicht gelungen ist, während der Aktionswoche einen gesamtösterreichischen Verhandlungsausschuß zu bilden, konnten dennoch gewisse Schritte auf eine gesamtösterreichische Front hin gemacht werden. Erstens wurde auf Hörerversammlungen und Veranstaltungen (Wien/Innsbruck/Graz) beschlossen, Kontakte mit Lehramtsstudenten der anderen Hochschulen aufzunehmen, worauf vom Grazer Aktionskomitee ein Koordinierungstreffen am 10.6. einberufen wurde, auf dem das folgende gemeinsame Vorgehen festgelegt wurde:

— im Herbst sollen weitere gesamtösterreichische Aktivitäten gesetzt werden

— dazu findet ein weiteres Koordinierungstreffen im September in Graz statt.

Anwesend dabei waren: Aktionskomitee Graz, Komitee Klagenfurt/Celovec, Komitee für die Rücknahme des Pädagogikums Innsbruck, Studienrichtungsvertreterinitiative Wien, Hauptausschuß der ÖH — Angewandte Kunst Wien.

Dies schafft relativ günstige Bedingungen, daß im Herbst weitgehend koordinierte Aktionen erfolgen, die Zersplitterung und Zerfahrenheit überwunden werden können. Dies ist umso notwendiger, als es sich im Herbst darum handelt, dem Ministerium direkt entgegenzutreten, da die Gefahr droht, daß das Pädagogikum über die Klagenfurter Hochschule hinaus in einigen Studienrichtungen an anderen Hochschulen praktiziert werden soll. Das Ministerium will verschiedene Breschen schlagen, um die Durchführung der neuen Studienordnung zu beschleunigen und den Widerstand der Lehramtsstudenten zu brechen. Es ist eine bedeutende Teilaufgabe, diesen Plänen gerade auf den betroffenen Instituten entgegenzutreten. Entsprechend den besonderen Bedingungen muß der Kampf gegen die Beschlußfassung bzw. für die Blockierung oder auch Rücknahme der Fachstudienordnungen und Studienpläne organisiert werden. Die Studienrichtungsvertreter müssen auf deren Ablehnung verpflichtet werden.

Es muß gefordert werden, daß die Studienordnungen und Studienpläne den Studenten zur Beschlußfassung vorgelegt werden.

Wo das Pädagogikum bereits durchgeführt oder zumindest teilweise angewandt wird wie in Klagenfurt, muß der Kampf um die praktische Durchführung der Teilforderungen für ein Schulpraktikum verbunden werden mit dem Kampf um die Rücknahme der Pädagogikumsstudienordnung.

Obwohl sich die Meinungs- und Willensbildung unter den Lehramtsstudenten verstärkt und die Situation sich gegenüber noch vor 2 — 3 Monaten gebessert hat, bestehen hier noch immer die Hauptschwächen der Bewegung. Gemessen an den Möglichkeiten, die bei der Aktionswoche vorhanden waren, konnten relativ gute Ergebnisse erzielt werden. Gemessen an dem, was notwendig ist für einen Sieg im Kampf gegen die Pläne der Bourgeoisie und ihres Staates, sind die bisher erreichten Ergebnisse noch gering. Obwohl eine große Mehrheit der Lehramtsstudenten gegen ein **solches** Pädagogikum ist, haben sich nur ca. 5% aller Lehramtsstudenten aktiv an Aktionswoche und aktivem Streik beteiligt. Die Mehrheit der Lehramtsstudenten hat zwar nicht an Vorlesungen und Lehrveranstaltungen teilgenommen, aber auch nicht an der organisierten Meinungs- und Willensbildung in Hörer und Streikversammlungen. Die bedeutendste Aufgabe, will man die Bewegung im Herbst wirklich erfolgreich vorantreiben, ist die Verbreitung von Kenntnissen über die Pädagogikumsstudienordnung, ihren Zweck und ihre Folgen für die Lehramtsstudenten. Darauf aufbauend muß Klarheit geschaffen werden über Ziele und Aufgaben der Bewegung.

Anhang

Beschluß des ZA zum Pädagogikum

1. Sofortige **Rücknahme des Studienordnungsentwurfes** zur pädagogisch-fachdidaktischen Ausbildung für Lehrer an AHS

2. Novellierung des § 10 des Philosophengesetzes, das sich auf die Zeit und Dauer des Schulpraktikums bezieht auf Basis der Forderung der einzelnen Studienrichtungen.

3. **Zurücknahme der bereits bestehenden und Aussetzung der noch ausstehenden Lehramtsfachstudienordnungen bis zur Berücksichtigung der unter Pkt.4 angeführten Minimalforderungen.**

4. Jede weitere Studienordnung zur pädagogisch-fachdidaktischen Ausbildung hat folgende Mindestanforderungen zu erfüllen:

a) Entzug des disziplinären Weisungsrechtes der Schul- und Unterrichtsbehörden, Wegfall jeglicher Beurteilung und Beschränkung auf Ausstellung von Teilnahmebestätigungen

b) freie Wahl von Schule und Schulort und Einspruchsrecht der Studierenden bei Zuteilung des Betreuers

c) materielle Absicherung des Schulpraktikums d) Schaffung von Möglichkeiten kollektiver Schulpraktika und Bedingungen, um die systematische Kritik an den Lehrinhalten sowie die kritische Auseinandersetzung mit der gesellschaftlichen und politischen Rolle des Lehrers zu ermöglichen.

(Beschlossen am 6.6.1974)

Beschluß der ZA zur Aktionswahl

Der ZA der ÖH lehnt die Studienordnung für die pädagogische Ausbildung für Lehramtskandidaten ab und fordert die Novellierung der Studienordnung und des § 10 des Bundesgesetzes über geistes- und naturwissenschaftliche Studienrichtungen, auf dessen Grundlage die Studienordnung beruht. Die Studienordnung in der derzeit gültigen Form stellt keine Verbesserung der Lehrerausbildung dar, sondern bringt nur eine unnötige Verschärfung und Reglementierung des Lehramtsstudiums mit sich, was nicht dem Sinn einer qualifizierten pädagogischen Ausbildung entspricht.

Im Rahmen der Novellierung fordert der ZA der ÖH vor allem die Klärung der noch immer offenen Rechtsfragen und die inhaltliche Anpassung der Studienordnung an die Vorstellungen der Studenten, die vor der Beschlußfassung in keiner Weise berücksichtigt wurden:

Orientierungsphase mit pädagogisch sozialwissenschaftlichem Kernstudium und Konfrontation mit der Schulpraxis zu Beginn des Studiums.

Auflösung des Blockcharakters, die Möglichkeit der individuellen Aufteilung aller Praktika über das gesamte Studium zu ermöglichen.

Wegfall der Benotung durch den Praktikumsbetreuer und Beschränkung auf die Ausstellung einer Teilnahmebestätigung.

Materielle Absicherung für Praktikanten, die das Schulpraktikum nicht am Hochschulort oder in unmittelbarer Nähe desselben absolvieren können.

Freie Wahl des Praktikumsortes und des Praktikumsbetreuers.

Auswahl und Bestellung der Praktikumsbetreuer durch die Organe der Universität.

Ausbildung der Praktikumslehrer an der Universität und nicht durch Fernstudienlehrgänge an den Gymnasialpädagogischen Instuten.

Orientierung auf eine koordinierbare bzw. integrierbare Lehrerausbildung für alle Schulstufen und -formen im Hinblick auf eine integrierte Gesamtschule.

(Beschlossen am 26.4.1978)

Bericht von der zentralen Streikversammlung in Wien

Zur zentralen Streikversammlung am Nachmittag kamen 500 Studenten. Diese Streikversammlung konnte nicht für ein weiteres Kräftesammeln genutzt werden, die Erfahrungen an den Instituten wurden nicht zusammengefaßt, es kam zu keinen Beschlüssen. Die ÖSU hatte von vornherein keine solche Streikversammlung abhalten wollen, sondern bloß debattieren und nicht beschließen lassen wollen. Statt dessen ließ sie einen Block von 7 KSVlern an die Spitze der Rednerliste setzen, die dann über eine Stunde Referate über ihre Gesamtschulkonzepte, über die antimonopolistische Stoßrichtung im Kampf, über die demokratische Lehrerausbildung und Studienreform hielten. In dieser Zeit gingen viele Kollegen weg, zu einer Zentralisierung des Standes der Bewegung in Wien kam es nicht mehr. Der KSV wollte unbedingt seine Resolution zur Gesamtschule beschließen lassen, ohne daß noch über ein einziges Institut sinnvoll berichtet worden wäre. Er bestand auf Schluß der Debatte. Ein totales Chaos entstand, die Streikversammlung zerfiel. Jeglicher Beschluß wäre eine Farce gewesen. Daher verließen die Studenten den Saal, der KSV beschloß für sich allein mit ca. 50 Mannen seine Resolution.

Daß es zu diesem Verlauf kam lag nicht zuletzt auch daran, daß die Kommunisten diesem Treiben nicht ein Ende setzten. Es wäre notwendig gewesen, der Streikversammlung von Anfang an eine andere Orientierung zu geben, indem zu Beginn die Vertreter der verschiedenen Institute, die bestreikt wurden, berichtet hätten.

Interview mit Genossen Alfred Kgokong, Vorstandsmitglied des ANC(AN)

Vom 1. bis 7. Juni weilte auf Einladung des ZK des Kommunistischen Bundes Österreichs eine Delegation des ANC(African Nationalists) in Österreich.

Auf 5 Veranstaltungen in Salzburg, Innsbruck, Graz, Linz und Wien berichtete Genosse Alfred Kgokong, Vorstandsmitglied des ANC(AN) über die Lage des Kampfes des Volkes von Azania gegen das südafrikanische Siedlerregime.

In Wien gab Genosse Kgokong der Kommunist-Redaktion folgendes Interview zu aktuellen Fragen des Kampfes in Azania:



Genosse Alfred Kgokong spricht auf einer Veranstaltung des KB Österreichs in Wien

„Kommunist": Warum haltet Ihr im Gegensatz zur SACP daran fest, daß das südafrikanische Siedlerregime ein Kolonialstaat ist, das Azanische Volk in seinem Befreiungskampf die Kolonialfrage lösen und auch den Kolonialstaat zerschlagen muß?

Alfred Kgokong: Die „Südafrikanische Kommunistische Partei" (SACP)gründet ihre Theorie der Revolution in Südafrika auf das falsche Konzept eines „Staates der gesamten Bevölkerung". Sie betrachten Südafrika als einen „unabhängigen Staat" der ganzen Bevölkerung, von Schwarzen und Weißen; sie haben dieses Konzept der Tambo-Gruppe aufgeschwatzt, die auch behauptet, daß „Südafrika allen Menschen, Schwarzen und Weißen, die dort leben, gehört", so wie es in der Freiheitscharta angeführt wird. Indem die SACP und die Tambo-Gruppe die nationale Frage auf diese Weise darstellen, zeigen sie ihre Furcht vor der nationalen Revolution zum Sturz und zur Zerschlagung des von den Weißen beherrschten kolonialen Staates. Die SACP - Tambo-Gruppe ersetzt die nationale Revolution durch das Ziel, die Apartheid auszurotten oder die rassische Diskriminierung der Schwarzen durch die Weißen zu beseitigen. Aber das Hauptproblem ist nicht die Beseitigung des Rassismus; das Hauptproblem ist die Zerschlagung der kolonial-imperialistischen Grundlage der weißen Herrschaft und Ausbeutung. Die nationale Frage kann nur gelöst werden, wenn wir die objektive kolonialistische Grundlage zerstören, auf der der unterdrückerische und ausbeuterische Staatsapparat selber beruht. Der Hauptwiderspruch im nationalen Befreiungskampf in Südafrika ist nicht nur eine Frage der Beseitigung der Apartheid, es ist nicht nur eine Frage der Hautfarbe oder rassischer Diskriminierung; er besteht eindeutig in der Frage der nationalen Befreiung des unterdrückten schwarzen Volkes von der Kolonialherrschaft einer weißen herrschenden Klasse, die mit dem westlichen Imperialismus verbunden ist. Der Hauptwiderspruch ist der zwischen dem nationalen Befreiungskampf der unterdrückten Schwarzen zur Rückeroberung ihres Landes und dem Kolonialstaat der Weißen, der auf dem Landraub an den Afrikanern und dem Raub ihrer natürlichen Reichtümer aufgebaut wurde.

Die SACP hat sich immer geweigert, dieses Konzept des Hauptwiderspruchs in unserem Land zu akzeptieren - das heißt den kolonialen Widerspruch, wie er sich in dem von den Weißen beherrschten Kolonialstaat widerspiegelt. Die Südafrika-Resolution der Komintern vom Jahre 1928, die die Errichtung einer „unabhängigen Republik für die Einheimischen" in Südafrika fordert, um die nationale Befreiung, die der sozialen vorangehen muß, zu erlangen, wurde von der SACP zurückgewiesen und sabotiert. An die Stelle der nationalen Befreiung hat die SACP das Ziel der Beseitigung der Apartheid gesetzt; an die Stelle des antikolonialen Kampfes zur Befreiung des Landes des einheimischen schwarzen Volkes aus den Klauen des Kolonialstaates stellt die SACP das Konzept eines „unabhängigen Staates aller Menschen, in dem die unterdrückten Schwarzen und die weißen Unterdrücker gemeinsam und gleichberechtigt das Land besitzen und ein Anrecht auf seine Ressourcen haben. An die Stelle des nationalen Kampfes zur Zerschlagung des Kolonialstaates stellt die SACP das Ziel des Kampfes zur Zerschlagung der Apartheid; anstatt zum bewaffneten revolutionären Kampf aufzurufen, ruft die SACP-Tambo Gruppe zum „Wirtschaftsboykott" Südafrikas auf. Wir erachten Solidaritätsaktionen, so wie Wirtschaftsboykott Südafrikas als wichtig, aber wir betonen, daß die internationale Solidarität wirksamer und bedeutsamer ist, wenn sie sich darauf orientiert, den bewaffneten Kampf der nationalen Befreiungsbewegung in Südafrika und im Südlichen Afrika zu unterstützen, weil die bloße Beseitigung der rassischen Diskriminierung, weil die bloße Gewährung von Menschenrechten für das schwarze Volk ihm nicht die Staatsmacht geben wird. Sie wird die koloniale Grundlage der Unterdrückung und Ausbeutung der Afrikaner nicht beseitigen. Sie würde nur die Leiden des unterdrückten Volkes in neuen Formen der Regierung fortsetzen. Es ist das koloniale Staatsgebilde selbst, das zerstört werden muß, wenn eine wirkliche nationale Befreiung stattfinden soll. Die revisionistische SACP-Linie von einem „unabhängigen Staat" der ganzen Bevölkerung ist das diametrale Gegenteil des nationalen Kampfes zur Wiedererlangung des Landes des afrikanischen Volkes und zu seiner Befreiung von kolonialer Herrschaft und imperialistischer Ausbeutung. Eine demokratische Veränderung kann nur effektiv sein, wenn das koloniale Staatsgebilde der weißen Herrscher zerstört wird.

„Kommunist": Seit neuestem reden die US-Imperialisten bezüglich Eurem Land eine ganze Menge von Menschenrechten und Abschaffung der Rassendiskriminierung. Wie sieht ihre wahre Politik aus?

Alfred Kgokong: Der wirkliche Zweck, über „Menschenrechte" und die Beseitigung der rassischen Diskriminierung in Südafrika zu sprechen, so wie es von den US- und westeuropäischen Imperialisten befürwortet wird, ist der, das schwarze unterdrückte Volk zu verwirren, seine nationale Befreiungsbewegung dadurch zu schwächen, indem man sie von der revolutionären Zerschlagung des Kolonialstaates ablenkt, hin zu oberflächlichen Reformen der abstoßenden Erscheinungen der rassischen Herrschaft der Weißen. Sie ist darauf ausgerichtet, den Kolonialstaat zu retten, indem einige Teile der unterdrückten Schwarzen in den Apparat des Staates integriert werden, und auf diese Weise die andauernde imperialistische Ausbeutung und Herrschaft über die schwarzen Massen weiterzuführen. Es ist wichtig, Menschenrechte zu erlangen und die Rassentrennung zu beseitigen, aber weder ersetzt dies, noch kann es den Vorrang haben vor der Mobilisierung der schwarzen unterdrückten Massen für die bewaffneten Kämpfe zur Zerstörung gerade der Basis ihrer nationalen Unterdrückung - den kolonialen Staat; dies kann den nationalen Kampf zur Wiedererlangung unseres Landes und zur Zerschlagung der imperialistischen Plünderung unserer natürlichen Reichtümer nicht ersetzen. Es kann die Aufgabe der internationalen Solidaritätsbewegung, unsere nationalen Befreiungskämpfe zu unterstützen, nicht ersetzen, weil unser antikolonialer Kampf für die nationale Befreiung ein integraler Bestandteil der weltweiten antikolonialen antiimperialistischen Kämpfe ist.



Schon im Jahr 1975 führten die Jugendlichen Azanias einen heftigen Kampf gegen die Unterdrückung durch das Vorster-Regime. Hier Ende 1975 für die Forderung: „Krüger (Justizminister — Red.), laß die Gefangenen frei!"

„Kommunist": Der Kampf der Schüler gegen die „Bantu-Erziehung" war der Auslöser für die Aufstände 1976. Wie sieht heute die Situation der schwarzen Bevölkerung aus, vor allem hinsichtlich ihres Kampfes?

Alfred Kgokong: Die heutige Situation in Südafrika ist eine revolutionäre Situation, in der die weißen Herrscher nicht mehr länger auf die alte Weise regieren können und in der die unterdrückten Schwarzen es nicht hinnehmen, versklavt zu sein. Während deshalb die weißen Unterdrücker und ihre imperialistischen Verbündeten neue Wege suchen, die Rassistenherrschaft der Weißen auszuüben, indem sie Schwarze in vielrassige- und Bantustan-Regierungsstrukturen integrieren, haben die unterdrückten Schwarzen damit geantwortet, daß sie ihre Anstrengungen verdoppelten, eine breite Einheitsfront der revolutioären schwarzen Kräfte zu schmieden - in solchen Organisationen wie der Soweto-Bewegung des 16. Juni, der Black Consciousness-Bewegung, der AZAPO, der Schwarzen Journalistenvereinigung und vielen anderen solchen breiten Widerstandsorganisationen des Volkes. Die verschiedenen politischen Prozesse (zur Zeit an die 70) in Südafrika widerspiegeln die Formen, die diese Kämpfe angenommen haben, weil einige Militante angeklagt sind, Sprengkörper und andere militärische Waffen zu besitzen; andere sind angeklagt, revolutionäre Kader darin auszubilden, wie diese Waffen und Sprengkörper zu gebrauchen sind; andere sind angeklagt, revolutionäre Literatur zu vertreiben oder die Arbeit verbotener Organisationen weiterzuführen etc. Das Vorster-Regime reagiert so, daß es die Organisationen verbietet, deren Aktivitäten es als „umstürzlerische" Tätigkeiten beschreibt, aber wir betrachten sie alle als Teil der nationalen Befreiungsbewegung unseres Volkes.



Soweto 1976: In ihrem Kampf gegen die „Bantu-Erziehung" geben die Schüler von Soweto das Zeichen zu Aufständen im ganzen Land.

„Kommunist": Das Volk von Azania hat die Erfahrung gemacht, daß der bewaffnete Kampf zur Zerschmetterung der Kolonialherrschaft notwendig ist. Welche Fortschritte gibt es in der Vorbereitung des bewaffneten Kampfes, welche Hindernisse müssen überwunden werden und was sind die nächsten Aufgaben?

Alfred Kgokong: Der bewaffnete Kampf ist die Hauptform des Kampfes zur Zerstörung des Kolonialstaates in Südafrika und zur Wiedererlangung unserer Heimat. Die Vorbereitungen dafür, daß wir diesen Kampf mit Waffen in unseren Händen führen, finden statt. Militärische Kader werden ausgebildet; ein revolutionäres Verbindungsnetz, das auf der Einheitsfront aller revolutionären schwarzen Kräfte gegründet ist, wird aufgebaut. Die Hindernisse, die aufgetaucht sind, kommen nicht einfach aus der Tatsache, daß das faschistische Vorster-Regime seine repressiven Aktivitäten aus Furcht vor der Revolution intensiviert. Das Verbot von 18 schwarzen Massenorganisationen im Oktober 1977 ist ein Zeichen dieser Furcht: ein weiteres Zeichen sind die ohne Gerichtsverhandlungen erfolgten Inhaftierungen des „Soweto-Komitees der 10" als auch schwarzer Journalisten - obwohl sie einige dieser schwarzen Militanten freigelassen haben. Diese Furcht tritt auch offensichtlich in den rapid zunehmenden Morden an schwarzen Kämpfern zutage, die während der Verhöre durch die Geheimpolizei verübt werden. Von 1963 bis 1977 hat die Polizei im Gefängnis oder während Verhören 47 schwarze Kämpfer ermordet. Steve Biko war der 46., der sein Leben durch die Geheimpolizei verlor. Aber es ist bedeutsam festzustellen, daß die Angst im Lager, das vom Vorster-Regime geführt wird, so groß ist und so schnell wächst, daß von 47 Morden in der Periode von 1963-1977 allein zwischen 1976 und 1977 25 Morde im Gefängnis verübt wurden.



August 1976: Streikdemonstration der schwarzen Arbeiter in der Stadt Jabavu. Zur gleichen Zeit gibt es Kämpfe in fast allen Städten des Landes, selbst in Johannesburg, das für Schwarze gesperrt ist.



Soweto: 1976 Massendemonstration für die Freilassung der eingekerkerten Studenten.

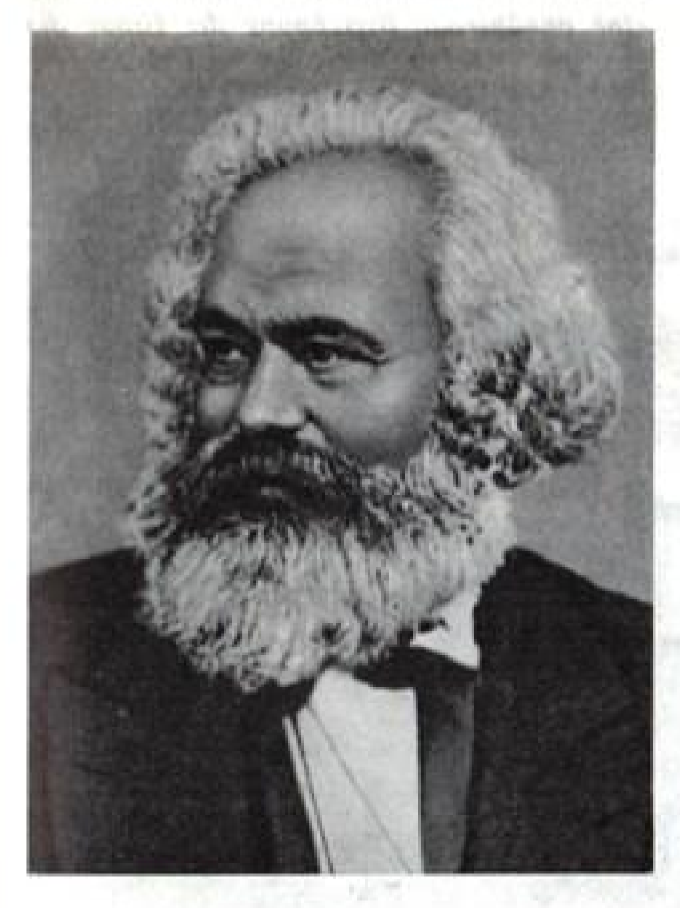
Die Hindernisse, mit denen das Volk beim Aufbau der revolutionären Einheit der Schwarzen konfrontiert ist, haben ihren Grund auch in den spalterischen Aktivitäten der SACP und ihrer Vasallen der Tambo-Gruppe, die sich weigern, für die nichtsektiererische schwarze revolutionäre Front aller nationalistischen Kräfte zu arbeiten.

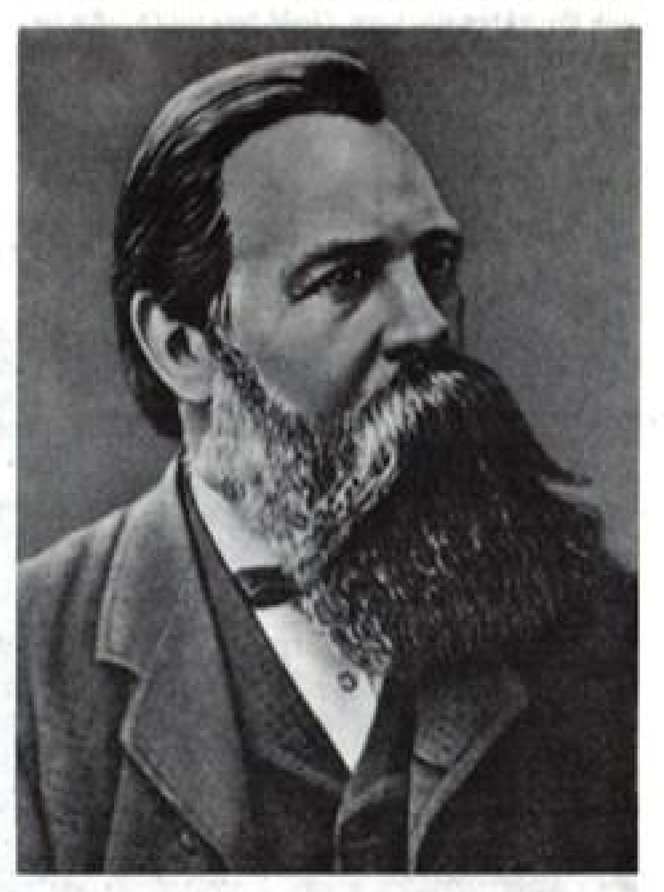
Sie versuchen ihre falsche politische Linie unserem nationalen Kampf aufzuzwingen und die Solidarität der Massenorganisationen zu schwächen. Sie versuchen den Status zu erlangen, daß sie innerhalb und außerhalb Südafrikas als einzige Stimme des Volkes gelten. Sie schwächen den im Lande geführten und auf die eigenen Kräfte gestützten, nationalen Kampf, indem sie sich selbst direkt mit Machtblöcken verbünden und auf diese Weise die Gefahr einer ausländischen Intervention in unseren nationalen Kampf erhöhen.

Unsere Aufgabe ist es, die Anstrengungen, eine revolutionäre, nicht-sektiererische Front des schwarzen Volkes aufzubauen, um für unsere nationale Unabhängigkeit zu kämpfen; unsere Aufgabe ist es, zu verhindern, daß die spalterische und falsche Linie der SACP - Tambo-Gruppe weiterhin die Einheit der Schwarzen unterminiert, weil es ohne die Einheit der schwarzen Kräfte in Südafrika keine erfolgreiche nationale Bewegung für die nationale Befreiung geben kann. Die nationale Einheit ist die entscheidende

Kolonialstaates. Daher ist es die Hauptaufgabe in der nächsten Zukunft, die Vorbereitungen für den bewaffneten Kampf weiterzuführen, auf der Grundlage der Entwicklung einer festen Einheit der schwaren revolutionären Kräfte, die die Vorhut des nationalen Befreiungskampfes in Südafrika sind.

Marx, Engels und Lenin zur Frage des Staatseigentums im Kapitalismus







Vorbemerkung der Redaktion

Wir drucken im folgenden eine kommentierte Zusammenfassung der wichtigsten Äußerungen von Marx, Engels und Lenin zur Frage des Staatseigentums im Kapitalismus ab. Das hat den Zweck, die grundlegende marxistische Auffassung in dieser Frage ins Bewußtsein zu rufen im Hinblick auf die politische Untersuchung der Verstaatlichten Industrie in Österreich. In den nächsten Nummern werden wir dazu Artikel bringen. Den nachfolgenden Text muß man als eine Vorarbeit dafür und in engem Zusammenhang damit stehend betrachten.

„Immer größer wird im Imperialismus auf Grundlage der zunehmenden Vergesellschaftung der Produktion bei Fortexistenz des kapitalistischen Privateigentums die Rolle des Staates, ... Immer häufiger und tiefgehender werden die staatlichen Eingriffe in das Wirtschaftsleben bis zur direkten Übernahme und Leitung ganzer Wirtschaftszweige im Interesse der Kapitalistenklasse." (Programm des Kommunistischen Bundes des Österreichs, S.14f.)

Diese Einschätzung der imperialistischen Staatstätigkeit und des Charakters der Staatseingriffe in die Ökonomie, insbesondere der Verstaatlichungen, stützt sich auf die Analyse der Entwicklung und Gesetzmäßigkeiten der kapitalistischen Akkumulation.

Es war die historische Rolle der Bourgeoisie und ihrer Produktionsweise, die zwerghafte und zersplitterte Produktion des feudalen Mittelalters verdrängt und überwunden zu haben. Diese Umwälzung konnte aber nur geschehen durch die Verwandlung jener beschränkten Produktionsmittel des einzelnen in gesellschaftlich angewandte. Die planmäßige Teilung der Arbeit, wie sie in der einzelnen Fabrik organisiert ist, wurde zum mächtigen Hebel der Produktion und der Anhäufung neuer Produktionsmittel. Von Anfang an stand aber diese Vergesellschaftung der Produktion und der Produktionsmittel in Gegensatz zu ihrer Unterwerfung unter die kapitalistische Form der Aneignung.

„In diesem Widerspruch, der der neuen Produktionsweise ihren kapitalistischen Charakter verleiht, liegt die ganze Kollision der Gegenwart bereits im Keim." (Engels, Anti-Dühring, chinesische Ausgabe, S.358)

Dieser Widerspruch reproduziert sich *„als Gegensatz zwischen der Organisation der Produktion in der einzelnen Fabrik und der Anarchie der Produktion in der ganzen Gesellschaft." (ebenda, S.362)*

Kooperation, Teilung und Kombination der Arbeit, Hebel zur Steigerung der gesellschaftlichen Produktivkraft der Arbeit, *„sind zugleich Methoden der gesteigerten Produktion des Mehrwerts oder Mehrprodukts, welches seinerseits Bildungselement der Akkumulation. Sie sind also zugleich Methoden der Produktion von Kapital durch Kapital oder Methoden seiner beschleunigten Akkumulation." (Kapital I, S.653)*

Akkumulation wird wieder zum Mittel neuer Akkumulation. Dadurch vermehrt sich die Masse der angehäuften Produktionsmittel in den Händen des einzelnen Kapitalisten, gesellschaftliche Produktionsmittel **konzentrieren** sich in privater Hand. Der Konkurrenzkampf schlägt gleichzeitig die schwachen Kontrahenten aus dem Feld und **zentralisiert** dadurch die vorhandenen Produktionsmittel in immer weniger Händen.

Es sind die Krisen, in denen der Widerspruch zwischen gesellschaftlicher Produktion und privater Aneignung zum gewaltsamen Ausbruch kommt.

Aber gerade der in der Krise auf die Spitze getriebene Konflikt zwischen der gesellschaftlichen Organisation der Produktion in der einzelnen Fabrik und der daneben und darüber bestehenden Anarchie der Produktion in der Gesellschaft treibt die Konzentration und Zentralisation der Kapitale ungeheuer und gewaltsam voran. Engels beschreibt die Zuspitzung des Widerspruchs zwischen Produktivkräften und Produktionsverhältnissen, die die Kapitalistenklasse zwingt, die Produktivkräfte auch in den Fesseln der kapitalistischen Produktionsweise als gesellschaftliche zu behandeln.

„Der gesamte Mechanismus der kapitalistischen Produktionsweise versagt unter dem Druck der von ihr selbst erzeugten Produktivkräfte. Sie kann diese Masse von Produktionsmitteln nicht

mehr alle in Kapital verwandeln; sie liegen brach, und ebendeshalb muß auch die industrielle Reservearmee brachliegen. Produktionsmittel, Lebensmittel, disponible Arbeiter, alle Elemente der Produktion und des allgemeinen Reichtums sind im Überfluß vorhanden. Aber 'der Überfluß wird Quelle der Not und des Mangels' (Fourier), weil er es gerade ist, der die Verwandlung der Produktions- und Lebensmittel in Kapital verhindert. Denn in der kapitalistischen Gesellschaft können die Produktionsmittel nicht in Tätigkeit treten, es sei denn, sie hätten sich zuvor in Kapital, in Mittel zur Ausbeutung menschlicher Arbeitskraft verwandelt. Wie ein Gespenst steht die Notwendigkeit der Kapitaleigenschaft der Produktions- und Lebensmittel zwischen ihnen und den Arbeitern. Sie allein verhindert das Zusammentreten der sachlichen und der persönlichen Hebel der Produktion; sie allein verbietet den Produktionsmitteln zu fungieren, den Arbeitern, zu arbeiten und zu leben. Einesteils wird also die kapitalistische Produktionsweise ihrer eignen Unfähigkeit zur fernern Verwaltung dieser Produktivkräfte überführt. Andrerseits drängen diese Produktivkräfte selbst mit steigender Macht nach Aufhebung dieses Widerspruchs, nach ihrer Erlösung von ihrer Eigenschaft als Kapital, nach tatsächlicher Anerkennung ihres Charakters als gesellschaftlicher Produktivkräfte.

Es ist dieser Gegendruck der gewaltig anwachsenden Produktivkräfte gegen ihre Kapitaleigenschaft, dieser steigende Zwang zur Anerkennung ihrer gesellschaftlichen Natur, der die Kapitalistenklasse selbst nötigt, mehr und mehr, soweit dies innerhalb des Kapitalverhältnisses überhaupt möglich, sie als gesellschaftliche Produktivkräfte zu behandeln. Sowohl die industrielle Hochdruckperiode mit ihrer schrankenlosen Kreditaufblähung, wie der Krach selbst durch den Zusammenbruch großer kapitalistischer Etablissements, treiben zu derjenigen Form der Vergesellschaftung größerer Massen von Produktionsmitteln, die uns in den verschiednen Arten von Aktiengesellschaften gegenübertritt. Manche dieser Produktions- und Verkehrsmittel sind von vornherein so kolossal, daß sie, wie die Eisenbahnen, jede andre Form kapitalistischer Ausbeutung ausschließen." (Anti-Dühring, S.366f.)



Der massenhafte Transport der Waren durch die Eisenbahnen wird in vielen kapitalistischen Ländern durch den Staat betrieben

Die Herausbildung des Aktienwesens

Die Herausbildung des Aktienwesens durchbricht die engen Grenzen, die der Akkumulation und Vergesellschaftung in der Privatindustrie alten Schlags gesetzt sind. Gleichzeitig bedeutet es eine Aufhebung der kapitalistischen Privatindustrie auf Grundlage des kapitalistischen Systems selbst, indem es im Umfang seiner Ausdehnung die Privatindustrie vernichtet bzw. sich einverleibt.

Die Bildung von Aktiengesellschaften bringt hervor:

„1. Ungeheure Ausdehnung der Stufenleiter der Produktion und Unternehmungen, die für Einzelkapitale unmöglich waren. Solche Unternehmungen zugleich, die früher Regierungsunternehmungen waren, werden gesellschaftliche.

2. Das Kapital, das an sich auf gesellschaftlicher Produktionsweise beruht und eine gesellschaftliche Konzentration von Produktionsmitteln und Arbeitskräften voraussetzt, erhält hier direkt die Form von Gesellschaftskapital (Kapital direkt assoziierter Individuen) im Gegensatz zum Privatkapital, und seine Unternehmungen treten auf als Gesellschaftsunternehmungen im Gegensatz zu Privatunternehmungen. Es ist die Aufhebung des Kapitals als Privateigentum innerhalb der Grenzen der kapitalistischen Produktionsweise selbst.

3. Verwandlung des wirklich fungierenden Kapitalisten in einen bloßen Dirigenten, Verwalter fremden Kapitals, und der Kapitaleigentümer in bloße Eigentümer, bloße Geldkapitalisten." (Kapital III, S.452)

Damit entsteht eine neue Sorte Finanzaristokratie, *„eine neue Sorte Parasiten in Gestalt von Projektenmachern, Gründern und bloß nominellen Direktoren; ein ganzes System des Schwindels und Betrugs mit Bezug auf Gründungen, Aktienausgabe und Aktienhandel. Es ist die Privatproduktion ohne die Kontrolle des Privateigentums." (Kapital III, S.454)*

Das Aktienwesen bedeutet ungeheuer beschleunigte Akkumulation und Vergesellschaftung, die Börse diktiert die Unterwerfung zuerst der Baumwoll- und Grundstoffindustrie, dann der Eisenbahnen bis hin zu den Banken und zum Handel, schließlich den Vorstoß in den Ackerbau und in die Kolonialisation (vgl. Kapital III, S.917f.)

Hand in Hand mit der Entwicklung des Aktienwesens geht die Herausbildung des Monopols. Die weitere Entwicklung der Produktivkräfte in den Fesseln der kapitalistischen Produktionsweise treibt die „zweite und dritte Potenz der Aktiengesellschft" hervor: die Kartelle und Syndikate und schließlich die Trusts.

Die Konzentration und Zentralisation des Kapitals unterwirft ganze Branchen einem einheitlichen Kommando. Die Planung und Organisation der Produktion in der einzelnen Fabrik wird in Gestalt des Monopols auf ganze Industriezweige ausgedehnt.

„Das ist schon etwas ganz anderes als die alte freie Konkurrenz zersplitterter Unternehmer, die nichts voneinander wissen und für den Absatz auf unbekanntem Markte produzieren. Die Konzentration ist so weit fortgeschritten, daß man einen ungefähren Überschlag aller Rohstoffquellen (beispielsweise der Eisenerzvorkommen) in dem betreffenden Lande und sogar, wie wir sehen werden, in einer Reihe von Ländern, ja in der ganzen Welt machen kann. Ein solcher Überschlag wird nicht nur gemacht, sondern die riesigen Monopolverbände bemächtigen sich dieser Quellen und fassen sie in einer Hand zusammen. Es wird eine annähernde Berechnung der Größe des Marktes vorgenommen, der durch vertragliche Abmachungen unter diese Verbände 'aufgeteilt' wird. Die qualifizierten Arbeitskräfte werden monopolisiert, die besten Ingenieure angestellt, man bemächtigt sich der Verkehrswege und -mittel – der Eisenbahn in Amerika, der Schiffahrtsgesellschaften in Europa und Amerika. In seinem imperialistischen Stadium führt der Kapitalismus bis dicht an die allseitige Vergesellschaftung der Produktion heran, er zieht die Kapitalisten gewissermaßen ohne ihr Wissen und gegen ihren Willen in eine Art neue Gesellschaftsordnung hinein, die den Übergang von der völlig freien Konkurrenz zur vollständigen Vergesellschaftung bildet." (Lenin, Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus, chinesische Ausgabe, S.26f.)

Wir haben in unserem Programm die Epoche des Imperialismus, in die der Kapitalismus nach dem weitgehend vollzogenen Übergang von der freien Konkurrenz zum Monopol anfang des 20. Jahrhunderts eintritt (in Anlehnung an die Lenin'schen fünf Merkmale) folgendermaßen charakterisiert:

„Der Imperialismus ist der Kapitalismus auf jener Entwicklungsstufe, wo mächtige Monopolverbände der Kapitalisten gebildet wurden und entscheidende Bedeutung erlangt haben, das Bankkapital mit dem Industriekapital zum Finanzkapital verschmolzen ist, der Kapitalexport hervorragende Bedeutung gewonnen hat, ein heftiger Kampf um die ökonomische Aufteilung der Welt unter die internationalen Monopolverbände tobt und sie territorial bereits vollständig in Einflußgebiete der großen imperialistischen Länder aufgeteilt ist." (Programm, Seite 12)

Lenin charakterisiert diesen Übergang in seiner historischen Entwicklung:

„Die wichtigsten Ergebnisse der Geschichte der Monopole sind demnach:

1. In den Sechziger- und Siebziger-Jahren des 19. Jahrhunderts – die höchste, äußerste Entwicklung von Kartellen, die aber noch Ausnahmen, keine andauernden, sondern vorübergehenwicklungsstufe der freien Konkurrenz; kaum merkliche Ansätze zu Monopolen.

2. Nach der Krise von 1873 weitgehende Entwicklung von Kartellen, die aber noch Ausnahmen, keine andauernden, sondern vorübergehende Erscheinungen sind.

3. Aufschwung am Ende des 19. Jahrhunderts und Krise von 1900 bis 1903: Die Kartelle werden zu einer der Grundlagen des ganzen Wirtschaftslebens. Der Kapitalismus ist zum Imperialismus geworden." (Imperialismus, S. 22).

Die Rolle der Banken für die zunehmende Vergesellschaftung

Im Prozeß der kapitalistischen Produktion und Akkumulation entwickelt sich neben der Konkurrenz der Kredit zu einem der mächtigsten Hebel der Zentralisation. Es bildet sich *„eine ganz neue Macht, das Kreditwesen, das in seinen Anfängen verstohlen, als bescheidne Beihilfe der Akkumulation, sich einschleicht, durch unsichtbare Fäden die über die Oberfläche der Gesellschaft in größeren oder kleineren Massen zersplitterten Geldmittel in die Hände individueller oder assoziierter Kapitalisten zieht, aber bald eine neue und furchtbare Waffe im Konkurrenzkampf wird und sich schließlich in einen ungeheuren sozialen Mechanismus zur Zentralisation der Kapitale verwandelt." (Kapital I, S.655)*

„In dem Maße, wie sich das Bankwesen und seine Konzentration in wenigen Institutionen entwickeln, wachsen die Banken aus bescheidenen Vermittlern zu allmächtigen Monopolinhabern an, die fast über das gesamte Geldkapital aller Kapitalisten und Kleinunternehmer sowie über den größten Teil der Produktionsmittel und Rohstoffquellen des betreffenden Landes oder einer ganzen Reihe von Ländern verfügen. Diese Verwandlung zahlreicher bescheidener Vermittler in ein Häuflein Monopolisten bildet einen der Grundprozesse des Hinüberwachsens des Kapitalismus in den kapitalistischen Imperialismus." (Imperialismus, S.33f.)

Das Bankwesen selbst unterlag einer besonders raschen Konzentration und Zentralisation. Das konzentrierte und zentralisierte Bankwesen überzog schnell das ganze Land mit einem Netz von Kanälen und verwandelte tausende zersplitterte Wirtschaften in eine einzige gesamtnationale kapitalistische Wirtschaft.

„Aus den zersplitterten Kapitalisten entsteht ein einziger kollektiver Kapitalist. Die Bank, die das Kontokorrent für bestimmte Kapitalisten führt, übt scheinbar eine rein technische, eine bloße Hilfsoperation aus. Sobald aber diese Operation Riesendimensionen annimmt, zeigt sich, daß eine Handvoll Monopolisten sich die Handels- und Industrieoperationen der ganzen kapitalistischen Gesellschaft unterwirft, indem sie – durch die Bankverbindungen, Kontokorrente und andere Finanzoperationen – die Möglichkeit erhält, sich zunächst über die Geschäftslage der einzelnen Kapitalisten genau zu informieren, dann sie zu kontrollieren, sie durch Erweiterung oder Schmälerung, Erleichterung oder Erschwerung des Kredits zu beeinflussen und schließlich ihr Schicksal restlos zu bestimmen, die Höhe ihrer Einkünfte zu bestimmen, ihnen Kapital zu entziehen oder ihnen die Möglichkeit zu geben, ihr Kapital rasch und in großem Umfang zu erhöhen usw." (Imperialismus, S.39)

Mit der Konzentration des Bankkapitals nimmt die Abhängigkeit der Großindustrie von einigen wenigen Bankkonzernen zu. Die Herrschaft des Kapitals schlechthin wird zur Herrschaft des Finanzkapitals.

„Konzentration der Produktion, daraus erwachsende Monopole, Verschmelzung oder Verwachsen der Banken mit der Industrie – das ist die Entstehungsgeschichte des Finanzkapitals und der Inhalt dieses Begriffs." (Imperialismus, S.55)

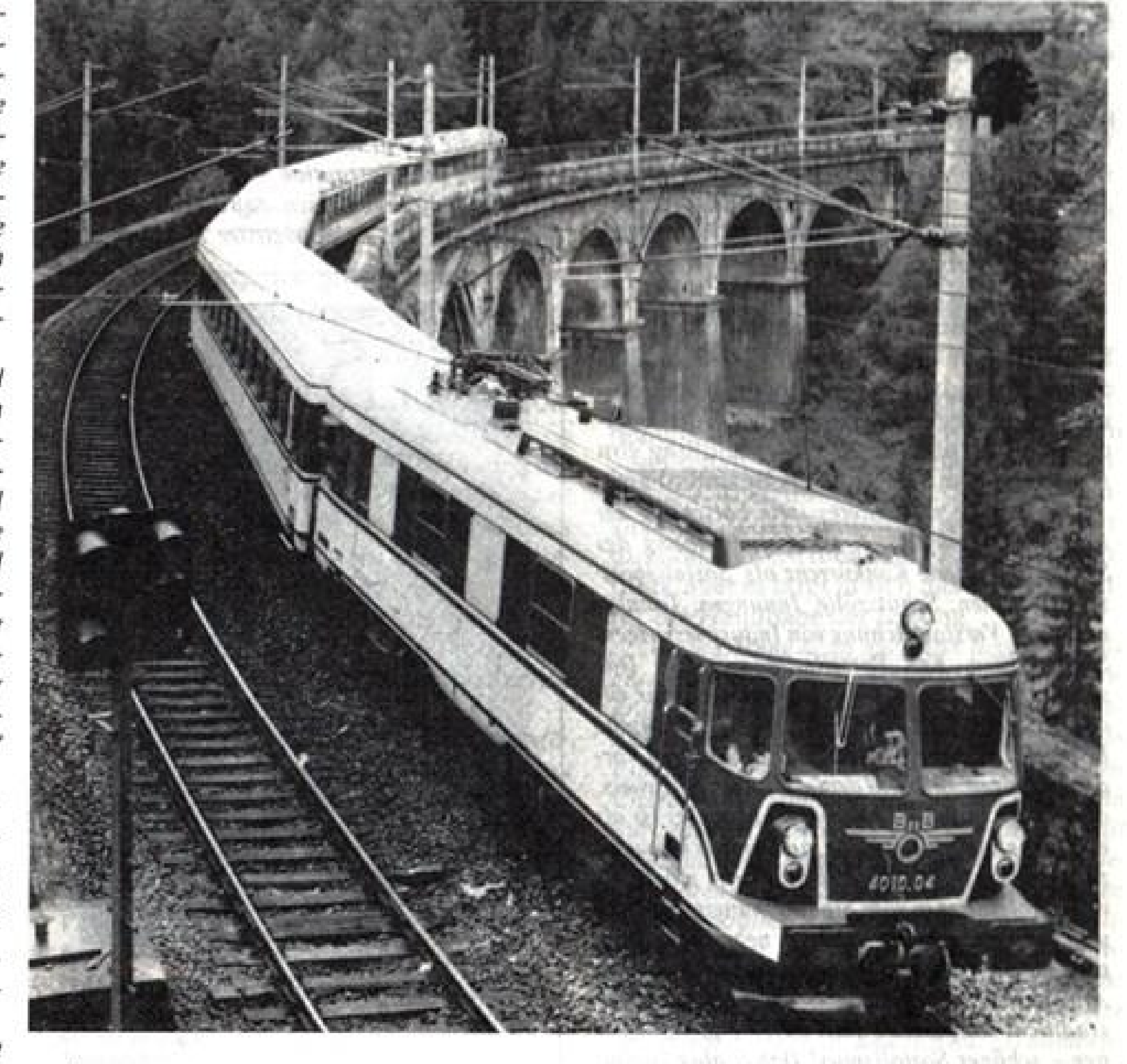
Der Eingriff des Staates wird notwendig

Die zunehmende Vergesellschaftung der Produktion, die Kapitalakkumulation auf großer Stufenleiter drängt unweigerlich als historische Tendenz über das Monopol zum Staatsmonopol hinaus.

„Auf einer gewissen Entwicklungsstufe genügt auch diese Form (der Aktiengesellschaften, der Verf.) nicht mehr: der offizielle Repräsentant der kapitalistischen Gesellschaft, der Staat, muß ihre Leitung übernehmen. Diese Notwendigkeit der Verwandlung in Staatseigentum tritt zuerst hervor bei den großen Verkehrsanstalten: Post Telegraphen, Eisenbahnen." (Anti-Dühring, S.368)

Aber nicht jede Verwandlung in Staatseigentum ist eine ökonomische Notwendigkeit, und schon gar nicht bedeutet Verstaatlichung Sozialismus.

„Denn nur in dem Falle, daß die Produktions- und Verkehrsmittel der Leitung durch Aktiengesellschaften wirklich entwachsen sind, daß also die Verstaatlichung ökonomisch unabweisbar geworden, nur in diesem Falle bedeutet sie, auch wenn der heutige Staat sie vollzieht, einen ökonomischen Fortschritt, die Erreichung einer neuen Vorstufe zur Besitzergreifung aller Produktivkräfte durch die Gesellschaft selbst. Es ist aber neuerdings, seit Bismarck sich aufs Verstaatlichen geworfen, ein gewisser falscher Sozialimus aufgetreten und hier und da sogar in einige Wohldienerei ausgeartet, die jede Verstaatlichung, selbst die Bismarcksche, ohne weiteres für sozialistisch erklärt. Allerdings, wäre die Verstaatlichung des Tabaks sozialistisch, so zählten Napoleon und Metternich mit unter den Gründern des Sozialismus. Wenn der belgische Staat aus ganz alltäglichen politischen und finanziellen Grün-



In Österreich betragen die budgetierten Jahresausgaben der ÖBB 23 Mrd. Schilling; ihr Beschäftigtenstand beträgt etwa 70.000

den seine Haupteisenbahn selbst baute, wenn Bismarck ohne jede ökonomische Notwendigkeit die Hauptlinien Preußens verstaatlichte, einfach um sie für den Kriegsfall besser einrichten und ausnützen zu können, um sich eine neue, von Parlamentsbeschlüssen unabhängige Einkommensquelle zu verschaffen – so waren das keineswegs sozialistische Schritte, direkt oder indirekt, bewußt oder unbewußt. Sonst wären auch die königliche Seehandlung, die königliche Porzellanmanufaktur und sogar der Kompanieschneider beim Militär sozialistische Einrichtungen." (Anti-Dühring, S.368, Fußnote)

Neben den Verstaatlichungen aus zwingenden ökonomischen Gründen und einer Verwandlung in Staatseigentum aus bloßen Finanz- und Machtzwecken der Regierung gibt es auch noch Verstaatlichungen, die

„nur dazu gedient haben, verfahrene Privatindustrien mit Staatshilfe zu sanieren." (Lenin, Imperialismus, Seite 87)

In einem Brief an Bernstein polemisiert Engels gegen die Auffassung, daß Staatseinmischung bereits Sozialismus bedeute, und legt eine Nebenabsicht der Verstaatlichung bloß, nämlich die Verwandlung von Arbeitern in ein abhängiges Beamtenheer:

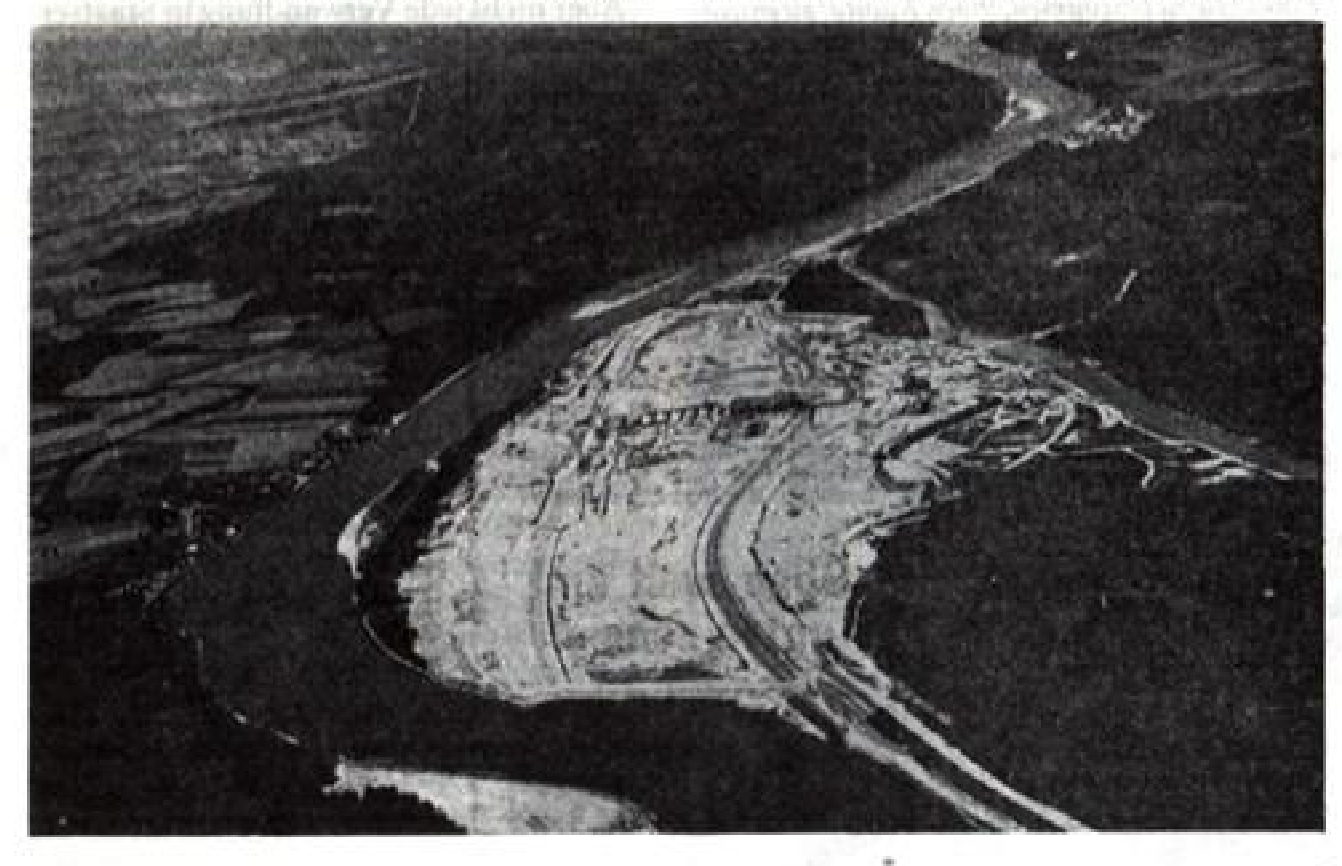
„Es ist eine rein interessierte Fälschung der Manchesterbourgeoisie, jede Einmischung des Staats in die freie Konkurrenz als 'Sozialismus' zu bezeichnen: Schutzzölle, Innungen, Tabaksmonopol, Verstaatlichung von Industriezweigen, Seehandlung, Kgl. Porzellanmanufaktur. Das sollen wir kritisieren, aber nicht glauben. Tun wir das letztere und basieren eine theoretische Entwicklung darauf, so fällt diese mit ihren Voraussetzungen, also mit dem einfachen Nachweis, daß dieser angebliche Sozialismus nichts ist als einerseits feudale Reaktion, andrerseits Vorwand zur Geldpresse, mit der Nebenabsicht, möglichst viele Proletarier in vom Staat abhängige Beamte und Pensionäre zu verwandeln, neben dem disziplinierten Kriegs- und Beamtenheer auch ein dito Arbeiterheer zu organisieren. Wahlzwang durch staatliche Vorgesetzte statt durch Fabriksaufseher – schöner Sozialismus! Dahin aber kommt man, wenn man dem Bourgeois glaubt, was er selbst nicht glaubt, sondern nur vorgibt: Staat sei – Sozialismus." (MEW Bd. 35, S.170)

Vielmehr ist es so, daß nur die Verstaatlichung aus zwingender ökonomischer Notwendigkeit einen rein ökonomischen Fortschritt in Richtung der Schaffung nach weitergehenden Voraussetzungen für die Besitzergreifung aller Produktionskräfte durch die Gesellschaft selbst bedeutet. Dazu schreibt Engels an Bracke:

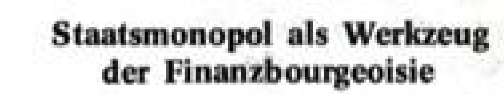
„Abgesehn von dem ungeheuren Machtzuwachs, den das Preußentum erhalten würde, einerseits durch die totale finanzielle Unabhängigkeit von jeder Kontrolle, andrerseits durch die direkte Herrschaft über zwei neue Armeen, die der Eisenbahnbeamten und die der Tabaksverkäufer, und die damit verknüpfte Macht der Stellenvergebung und Korruption – abgesehn von dem allem ist nicht zu vergessen, daß alle Übertragung industrieller und kommerzieller Funktionen an den Staat heutzutage einen doppelten Sinn und doppelte Wirkung haben kann, je nach den Umständen: einen reaktionären, einen Rückschritt zum Mittelalter, und einen progressiven, einen Fortschritt zum Kommunismus." (MEW Bd.34, S.328)

In dem Maß, in dem der Staat der Kapitalistenklasse die Produktivkräfte in sein Eigentum übernimt, wird er vom ideellen Gesamtkapitalisten zum wirklichen Gesamtkapitalisten. Damit wird aber das Kapitalverhältnis lediglich auf die Spitze getrieben, keineswegs aufgehoben. Die Kapitaleigenschaft der Produktivkräfte ist durch ihren Übergang in Staatseigentum nicht beseitigt, womit auch

„solange die besitzenden Klasen am Ruder bleiben, jede Verstaatlichung nicht eine Abschaffung, sondern eine Formveränderung der Ausbeutung ist..." (Engels an Oppenheim, MEW Bd.38, S.64)



Das Donaukraftwerk Altenwörth in Bau. Die Elektrizitätsgesellschaften befinden sich in Österreich in den Händen des Staates, des Bundes und der Länder. Der Staat sorgt dafür, daß die Kapitalisten ständig genügend Strom erhalten.



Staatsmonopol als Werkzeug der Finanzbourgeoisie

Zum Verhältnis von privaten und staatlichen Monopolen führt Lenin aus,

„wie sich in der Epoche des Finanzkapitals private und staatliche Monopole miteinander verflechten und die einen wie die anderen in Wirklichkeit bloß einzelne Glieder in der Kette des imperialistischen Kampfes zwischen den größten Monopolisten um die Teilung der Welt sind." (Lenin, Imperialismus, S.87f.)

Die privaten Monopole sind dabei der Hauptaspekt. Die staatlichen Monopole sind hingegen ihrem Wesen nach Werkzeuge der privaten Monopole, die sich der Staatsorgane als Mittel der Jagd nach Maximalprofiten bedienen. Die Staatsmonopole als solche dienen über die Staatsorgane den privaten Monopolen durch Vergabe von Produktionsaufträgen, Reduzierung der Steuern und durch Subventionen (z.B. niedrige Preise) oder Kostenübernahme.

Die fallweise Konkurrenzierung von privatem und staatlichem Monopol behandelt Lenin am Beispiel des Verhältnisses von privaten Banken und öffentlichen Sparkassen als Beweis für die tatsächliche Unterordnung des Staatsmonopols:

„Es sieht so aus, als ob die Bankmagnaten Angst hätten, das Staatsmonopol könnte sich von unerwarteter Seite her an sie heranschleichen. Aber diese Angst geht selbstverständlich nicht über den Rahmen einer Konkurrenz, sagen wir, zwischen zwei Abteilungschefs in ein und derselben Kanzlei hinaus. Denn einerseits verfügen über die Milliardeneinlagen der Sparkassen in Wirklichkeit zu guter Letzt ein und dieselben Magnaten des Bankkapitals, und andererseits ist ein Staatsmonopol in der kapitalistischen Gesellschaft lediglich ein Mittel zur Erhöhung und Sicherung der Einkünfte für Millionäre aus diesem oder jenem Industriezweig, die dem Bankrott nahe sind." (Lenin, Imperialismus, S.43)

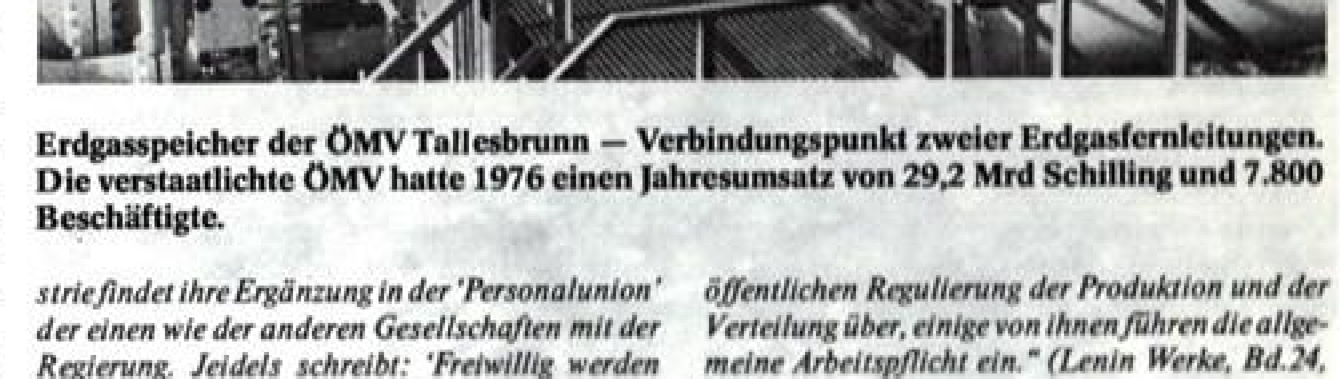
Unser Programm geht im ganzen Abschnitt über den imperialistischen Staat von dieser Unterordnung des Staats und des Staatsmonopols unter das Finanzkapital aus und stellt fest:

„Die Macht der Monopole verbindet sich mit der Macht des Staates". (Seite 15)

„Dieser Programmpunkt ist eine gute Grundlage für die Bekämpfung der reformistischen und revisionistischen Schlußfolgerungen aus der Tatsache des staatsmonopolistischen Kapitalismus auf ökonomische (Abschwächung der ökonomischen Widersprüche durch 'Organisierung' des Kapitalismus) und politischem Gebiet (Eroberung und Benutzung des bürgerlichen Staates, der dann halt nicht für, sondern gegen die Monopole arbeitet)." (Kommunist, Jahrgang 2/1, 1976, S.37)

Die Unterordnung des Staats und Staatsmonopols unter das private Monopol kommt auch in der häufigen Personalunion ihrer Spitzenfunktionäre zum Ausdruck, deren Aufgaben Lenin folgendermaßen beschreibt:

„Die 'Personalunion' der Banken mit der Industrie findet ihre Ergänzung in der 'Personalunion' der einen wie der anderen Gesellschaften mit der Regierung. Jeidels schreibt: 'Freiwillig werden Aufsichtsratsstellen gewährt an Personen mit gutklingenden Namen, auch ehemaligen Staatsbeamten, die im Verkehr mit den Behörden manche Erleichterung (!!) schaffen können' ... 'Im Aufsichtsrat einer Großbank sieht man gewöhnlich ... ein Parlamentsmitglied oder ein Mitglied der Berliner Stadtverwaltung'." (Lenin, Imperialismus, S.47/48)



Erdgasspeicher der ÖMV Tallesbrunn — Verbindungspunkt zweier Erdgasfernleitungen. Die verstaatlichte ÖMV hatte 1976 einen Jahresumsatz von 29,2 Mrd Schilling und 7.800 Beschäftigte.

Staatsimperialismus und imperialistischer Krieg

Der erste imperialistische Weltkrieg, der auf die kriegerische Auseinandersetzung zugespitzte imperialistische Konkurrenzkampf um die Neuaufteilung der Welt, hat allen kriegsführenden imperialistischen Staaten gewaltige Anstrengungen zur Ausrichtung der ganzen Wirtschaft auf den Krieg aufgezwungen. Eine ungeheuer forcierte Vergesellschaftung der Produktion und eine zentrale Leitung waren dazu erforderlich. Dazu schrieb Lenin:

„Während des Krieges hat der Weltkapitalismus einen Schritt vorwärts gemacht, nicht nur zur Konzentration überhaupt, sondern auch zum Übergang von den Monopolen schlechthin zum Staatskapitalismus in noch größerem Ausmaß als früher." (Lenin Werke, Bd.23, S.218) „Die Verdrängung und der Ruin der Klein- und Mittelbetriebe wird noch mehr beschleunigt. Die Konzentration und Internationalisierung des Kapitals wächst ins riesenhafte. Der monopolistische Kapitalismus verwandelt sich in staatsmonopolistischen Kapitalismus, eine Reihe von Ländern gehen unter dem Druck der Verhältnisse zur öffentlichen Regulierung der Produktion und der Verteilung über, einige von ihnen führen die allgemeine Arbeitspflicht ein." (Lenin Werke, Bd.24, S.298f.)

Lenin sieht damit die objektiven Voraussetzungen für die sozialistische Revolution noch mehr herangereift, als das vor dem Krieg bereits der Fall war.

„Die sozialistische Revolution ist somit durch den Verlauf des Krieges nähergerückt." (LW Bd.24, S.229)

„Das Staatseigentum... birgt... die Handhabe der Lösung"

Monopolisierung und erst recht Verstaatlichung treiben den Widerspruch zwischen gesellschaftlicher Produktion und kapitalistischer Aneignung auf die Spitze. Offensichtlich ist das Staatseigentum an den Produktionsmitteln nicht die Lösung des Konflikts, aber es birgt in sich das formelle Mittel, die Handhabe der Lösung.

„Diese Lösung kann nur darin liegen, daß die gesellschaftliche Natur der modernen Produktivkräfte tatsächlich anerkannt, daß also die Produktions-, Aneignungs- und Austauschweise in Einklang gesetzt wird mit dem gesellschaftlichen Charakter der Produktionsmittel. Und dies kann nur dadurch geschehn, daß die Gesellschaft offen und ohne Umwege Besitz ergreift von den jeder andren Leitung als der ihrigen entwachsenen Produktivkräften. Damit wird der gesellschaftliche Charakter der Produktionsmittel und Produkte, der sich heute gegen die Produzenten selbst kehrt, der die Produktions- und Austauschweise periodisch durchbricht und sich nur als blindwirkendes Naturgesetz gewalttätig und zerstörend durchsetzt, von den Produzenten mit vollem Be-

wußtsein zur Geltung gebracht und verwandelt sich aus einer Ursache der Störung und des periodischen Zusammenbruchs in den mächtigsten Hebel der Produktion selbst." (Anti-Dühring, S.370)

Lenin stellt dazu fest:

„Bei Aufrechterhaltung des Privateigentums an den Produktionsmitteln gehen alle diese Schritte in Richtung einer größeren Monopolisierung und größeren Verstaatlichung der Produktion unweigerlich Hand in Hand mit einer immer stärkeren Ausbeutung der werktätigen Massen, mit der Verstärkung der Unterdrückung, der Erschwerung des Widerstands gegen die Ausbeuter, dem Erstarken der Reaktion und des Militärdespotismus, und zugleich führen sie unweigerlich zu einem ungeheuren Anwachsen der Profite der Großkapitalisten auf Kosten aller übrigen Bevölkerungsschichten, zur Versklavung der werktätigen Massen auf viele Jahrzehnte durch Tribute, die sie in Form von Milliardenzinsen für die Anleihen den Kapitalisten entrichten müssen. Die gleichen Bedingungen aber bieten bei Aufhebung des Privateigentums an den Produktionsmitteln, bei vollständigem Übergang der Staatsmacht in die Hände des Proletariats die Gewähr für eine erfolgreiche Umgestaltung der Gesellschaft, die die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen aufhebt und den Wohlstand aller wie jedes einzelnen sichert." (LW Bd.24, S.302f)

Vollständiger Übergang der Staatsmacht in die Hände des Proletariats, Aufhebung des Privateigentums an den Produktionsmitteln — darin liegt die Lösung des auf die Spitze getriebenen Widerspruchs zwischen gesellschaftlicher Produktion und privater Aneignung, wie er sich in der Monopolisierung und Verstaatlichung ausdrückt.

Wie geht nun dieser Übergang des Staatsapparats in die Hände der Arbeiterklasse vor sich?

„Gegenwärtig ist die Post ein Betrieb, der nach dem Typ des staatskapitalistischen Monopols organisiert ist. Der Imperialismus verwandelt nach und nach alle Trusts in Organisationen ähnlicher Art. Über den 'einfachen' Werktätigen, die schuften und darben, steht hier die gleiche bürgerliche Bürokratie. Doch der Mechanismus der gesellschaftlichen Wirtschaftsführung ist hier bereits fertig vorhanden. Man stürze die Kapitalisten, man breche mit der eisernen Faust der bewaffneten Arbeiter den Widerstand der Ausbeutung, man zerschlage die bürokraatische Maschinerie des modernen Staates – und wir haben einen von dem dem 'Schmarotzer' befreiten technisch hochentwickelten Mechanismus vor uns, den die vereinigten Arbeiter sehr wohl selbst in Gang bringen können, indem sie Techniker, Aufseher, Buchhalter anstellen und ihrer aller Arbeit, wie die Arbeit aller 'Staats'beamten überhaupt, mit dem Arbeiterlohn bezahlen. Das ist eine konkrete, praktische Aufgabe, die in bezug auf alle Trusts sofort ausführbar ist, wobei die Werktätigen von der Ausbeutung befreit und die Erfahrungen verwertet werden, die bereits die Kommune (insbesondere auf dem Gebiet des Staatsaufbaus) praktisch zu machen begann." (Lenin, Staat und Revolution, S.61f.)

Lenin schreibt dazu an anderer Stelle:

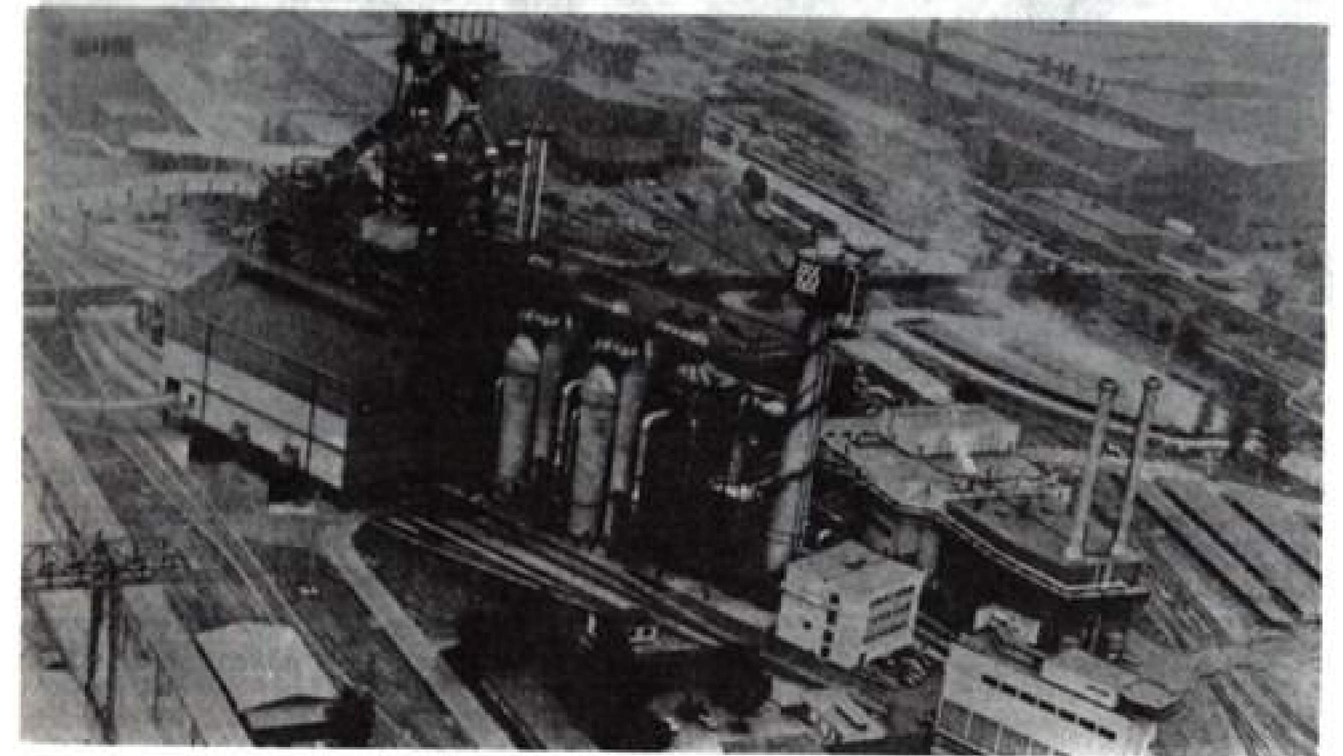
„Außer dem vorwiegend 'unterdrückenden' Apparat des stehenden Heeres, der Polizei und der Beamtenschaft gibt es im modernen Staat einen Apparat, der besonders eng mit den Banken und Syndikaten verbunden ist, einen Apparat, der eine große Arbeit auf dem Gebiet der Rechnungsführung und Registrierung leistet, wenn man sich so ausdrücken darf. Dieser Apparat darf und soll nicht zerschlagen werden. Man muß ihn aus der Unterordnung unter die Kapitalisten befreien, muß ihn den Kapitalisten entreißen und alle Fäden ihres Einflusses abschneiden, abschlagen, abhacken, muß ihn den proletarischen Sowjets unterordnen und auf eine breitere, umfassendere Grundlage stellen, ihn mit dem ganzen Volke verbinden. Und das kann geschehen, wenn man sich auf die vom Großkapitalismus schon hervorgebrachten Errungenschaften stützt (...).

Der Kapitalismus hat Apparate der Rechnungsführung in Gestalt der Banken, der Syndikate, der Post, der Konsumgenossenschaften und der Angestelltenverbände geschaffen. Ohne die Großbanken wäre der Sozialismus nicht zu verwirklichen.

Die Großbanken sind jener 'Staatsapparat', den wir für die Verwirklichung des Sozialismus brauchen und den wir vom Kapitalismus fertig übernehmen, wobei unsere Aufgabe hier lediglich darin besteht, das zu entfernen, was diesen ausgezeichneten Apparat kapitalistisch verunstaltet, ihn noch größer, noch demokratischer, noch umfassender zu gestalten. Quantität wird in Qualität umschlagen. Eine einheitliche Staatsbank allergrößten Umfangs mit Zweigstellen in jedem Amtsbezirk, bei jeder Fabrik – das ist schon zu neun Zehnteln ein sozialistischer Apparat. Das bedeutet eine gesamtstaatliche Rechnungsführung über die Produktion und die Verteilung der Produkte, das ist sozusagen eine Art Gerippe der sozialistischen Gesellschaft.

Diesen 'Staatsapparat' (der im Kapitalismus nicht ganz ein staatlicher Appaarat ist, der aber bei uns, im Sozialismus, ganz staatlich sein wird) können wir 'übernehmen' und mit einem Schlag, durch einen einzigen Erlaß, 'in Gang setzen', denn die tatsächliche Arbeit der Buchführung, der Kontrolle, der Registrierung, der Rechnungsführung und Berechnung leisten hier Angestellte, von denen die meisten selbst in proletarischen oder halbproletarischen Verhältnissen leben." (LW, Bd. 26, S. 89 ff.)

Mit diesen Maßnahmen des proletarischen Staates ist der Weg eingeschlagen zur **völligen Besitzergreifung der Produktionsmittel durch die Gesellschaft**, die die Warenproduktion beseitigt und den Staat überflüssig macht, „absterben" läßt.



Der neue Hochofen der VÖEST in Linz. Der VÖEST-Konzern hatte 1976 einen Jahresumsatz von 44,8 Mrd. Schilling und etwa 81.000 Beschäftigte.

Die Entwicklung des Kapitalexports der der österreichsichen Bourgeoisie

Der Kapitalexport ist eine der wichtigsten Erscheinungen des modernen Imperialismus. Lenin schreibt: „Für den alten Kapitalismus, mit der vollen Herrschaft der freien Konkurrenz, war der Export von Waren kennzeichnend. Für den neuesten Kapitalismus, mit der Herrschaft der Monopole, ist der Export von Kapital kennzeichnend geworden." (Lenin, „Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus", LW 15).

Kapitalexport hat es im Kapitalismus seit seinen Anfängen gegeben; spätestens aber seit der Kapitalismus periodisch wiederkehrende Krisen kennt, ist der Hauptgrund für den Export des Kapitals der sich entwickelnde „Kapitalüberschuß" im jeweiligen Stammland. Überschüssig war und ist dieses Kapital nur in einem bestimmten Sinn: „Wird Kapital ins Ausland geschickt, so geschieht es nicht, weil es absolut nicht im Inland beschäftigt werden könnte. Es geschieht, weil es zu höherer Profitrate im Ausland beschäftigt werden kann. Dies Kapital ist aber absolut überschüssiges Kapital für die beschäftigte Arbeiterbevölkerung und für das gegebene Land überhaupt. Es existiert als solches neben der relativ überschüssigen Bevölkerung...", schreibt Marx im 3.Band des „Kapitals".

„Kapitalüberschuß" hat es also in einem gewissen Ausmaß schon seit Mitte des 19. Jahrhunderts gegeben. Neu im Imperialismus ist aber, daß sich dieser Kapitalexport auf der Basis der Herrschaft großer Monopolgruppen in den entwickelten kapitalistischen Ländern ergibt, und daß eine Monopolstellung einiger weniger überaus reicher kapitalistischer Länder gegenüber den in der Kapitalakkumulation zurückgebliebenen Länder existiert. Der „Kapitalüberschuß" wird daher ungeheuer und der Kapitalexport dieser Länder erreicht ganz andere Größenordnungen als es im Konkurrenzkapitalismus der Fall war.

Noch krasser als früher wird auch der Widerspruch zwischen der Tatsache, daß große Teile der Bevölkerung arbeitslos oder unterbeschäftigt sind und sich das Lebensniveau der arbeitenden Massen verschlechtert, während gleichzeitig „zuviel" Kapital da ist, um mit genügend hohem Profit im Inland verwendet werden zu können: „Die Notwendigkeit der Kapitalausfuhr wird dadurch geschaffen, daß in einigen Ländern der Kapitalismus „überreif" geworden ist und dem Kapital (unter Voraussetzung der Unentwickeltheit der Landwirtschaft und der Armut der Massen) ein Spielraum für „rentable" Betätigung fehlt." (Lenin, ebenda)

In Österreich: Der Kapitalexport beginnt Mitte der 60er-Jahre

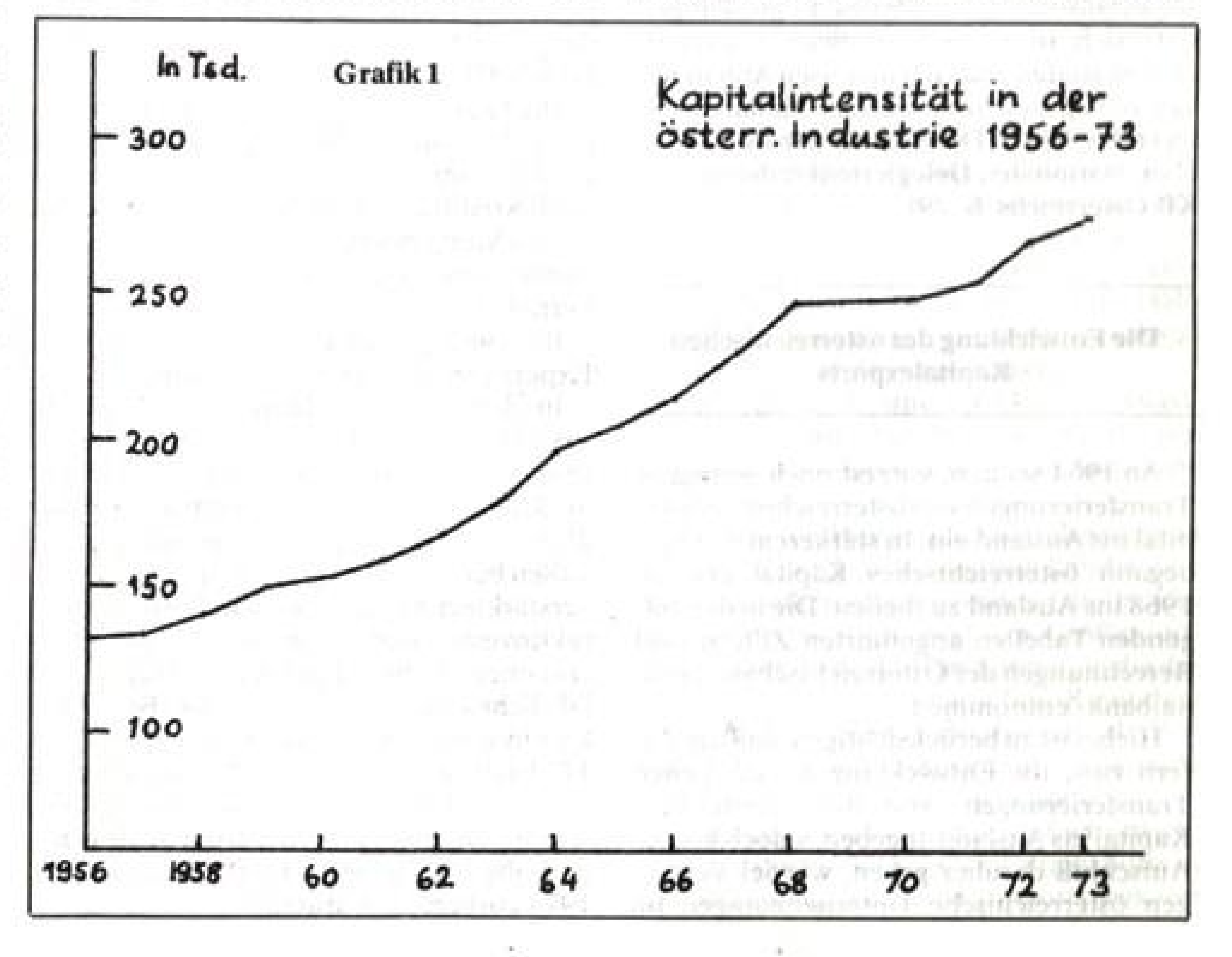
Der sich in Österreich nach dem Zweiten Weltkrieg wieder festigende Kapitalismus wird von Beginn an durch wesentliche Merkmale, wie sie der Kapitalismus in seiner imperialistischen Epoche hervorbringt, gekennzeichnet: Monopole in allen wesentlichen Produktionsbereichen, enge Verflechtung von industriellem und Bankkapital, der Staat wird eingesetzt, um die wichtigsten Industrien im Interesse der Kapitalistenklasse zu führen. Auf der anderen Seite eine relativ gut geschulte und zahlenmäßig große Arbeiterklasse, ein durch den Krieg stark herabgesetztes Lebensniveau der Volksmassen und eine große Reservearmee.

Unter diesen Bedingungen konnten die Kapitalisten sehr schnell akkumulieren, sehr schnell mußte sich aber auch ein Zustand herstellen, den wir oben mit „überreif" bezeichnet haben. Der Markt im Inneren wird zu eng, der Warenexport wird forciert; schließlich beginnen die Kapitalisten mit dem Kapitalexport bzw. müssen mit ihm beginnen.

Die Graphik 1 zeigt die Entwicklung der Kapitalintensität in der Industrie von 1956–73. Die Kapitalintensität ist das durchschnittliche „Bruttosachanlagevermögen" pro Beschäftigtem in der Industrie (zu konstanten Preisen gerechnet). Sie mißt also, wieviel Maschinen, Rohstoffe etc. ein in der Industrie Beschäftigter durchschnittlich in Bewegung setzt.

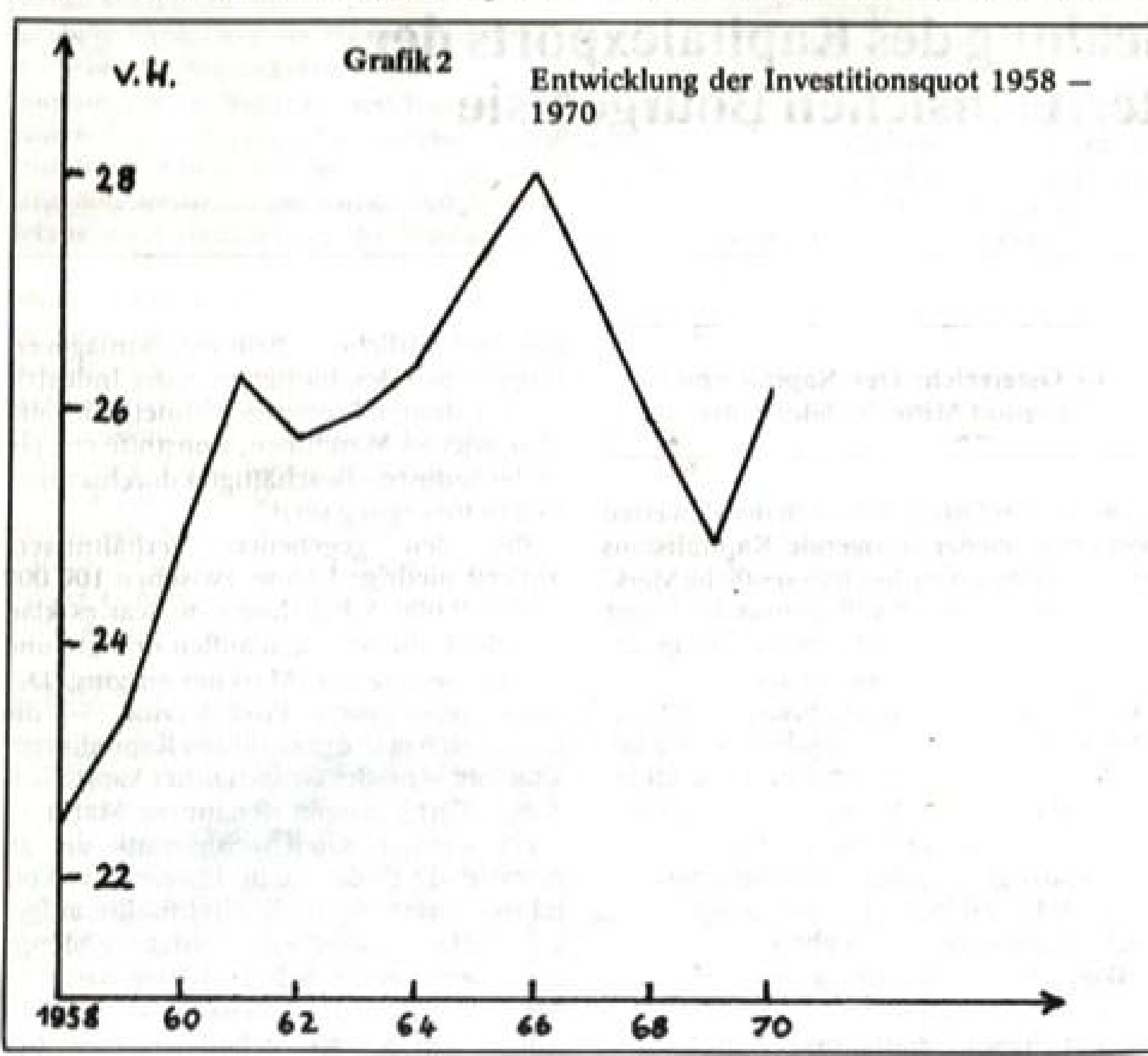
Bei den gegebenen Verhältnissen: äußerst niedrige Löhne, zwischen 100.000 und 200.000 Arbeitslose usw. war es klar, daß die Industrie nach außen drängte und auf Eroberung von Märkten ausging. Der stark gestiegenen Produktivität — die drückt sich ja in der erhöhten Kapitalintensität aus — mußte einfach unter kapitalistischen Verhältnissen der innere Markt zu klein werden. Gleichzeitig sank die zu erwartende Profitrate im Inneren: im Verhältnis immer mehr Kapital mußte aufgewendet werden, um eine bestimmte Menge Mehrwert aus den Arbeitern herauszupressen. Hat sich die Intensität der Arbeit erhöht und der dem Arbeiter in Form des Lohnes bezahlte Teil seines Produktes verringert, schneller noch stieg der Wert des Kapitals, der eingesetzt werden mußte, um den Arbeiter überhaupt konkurrenzfähig ausbeuten zu können.

Eine sich verringernde Profitrate bedeutet für einen Teil des Kapitals aber immer, daß es „überflüssig" ist, um zu den alten Profitbedingungen angelegt werden zu können. Die Investitions„lust" läßt nach: bis sie schließlich in der Krise überhaupt aufhört



oder zumindest stark abnimmt.

Die Entwicklung der Investitionsquote (siehe Graphik 2) verlangsamte sich dementsprechend in den 60er-Jahren, um dann in der Krise 1966/67 zurückzugehen.



Von der „Kapitalarmut" der Nachkriegsjahre konnte keine Rede mehr sein. Das Kapital konnte profitabler bzw. überhaupt nur eingesetzt werden, indem es exportiert wurde. Es wird sich allerdings zeigen, daß der Kapitalexport Österreichs besondere Charakteristiken hat, die daraus folgen, daß Österreich ein **kleines** imperialistisches Land inmitten großer imperialistischer Räuber ist und daß es gerade „in Verfolgung seiner imperialistischen Interessen gezwungen (ist), sich an die Seite größerer Imperialisten zu stellen und sich in dessen Abhängigkeit zu begeben bzw. in dieser Abhängigkeit zu verbleiben." (Dokumente der 1.ordentlichen Nationalen Delegiertenkonferenz des KB Österreichs, S. 29).

Die Entwicklung des österreichischen Kapitalexports

Ab 1964 setzten, vorerst noch geringere, Transferierungen von österreichischem Kapital ins Ausland ein. In stärkerem Ausmaß begann österreichisches Kapital erst ab 1968 ins Ausland zu fließen. Die in den folgenden Tabellen angeführten Ziffern sind Berechnungen der Österreichischen Nationalbank entnommen.

Hiebei ist zu berücksichtigen, daß die Ziffern zwar die Entwicklung der jährlichen Transferierungen von österreichischem Kapital ins Ausland angeben, jedoch keinen Aufschluß darüber geben, wieviel Vermögen österreichische Unternehmungen im Ausland besitzen, da es eine Reihe von Einflüssen gibt, „die dazu beitragen, den vorhandenen Bestand an Guthaben ... gegenüber dem Ausland im Laufe der Zeit zu ändern. Zu nennen wären vor allem die in der Zahlungsbilanz unberücksichtigten zwischenstaatlichen Handelskredite sowie Kapitalanlagen, die im Laufe der Zeit Änderungen im Marktwert erfahren haben. Eine besonders große Rolle spielen hier die Gewinne der Konzerne aus Direktinvestitionen im Ausland, die nicht an die Muttergesellschaft transferiert sondern reinvestiert werden." (Die Vermögensposition Österreichs gegenüber dem Ausland zu Jahresende 1975. In: Mitteilungen des Direktoriums der Österreichischen Nationalbank Nr.6/1976, S.403)

Die folgende Tabelle 1 zeigt die Entwicklung des österreichischen Kapitalexports in den Jahren 1961 -1976 aufgegliedert nach Krediten und Direktinvestitionen. Die Entwicklung des österreichischen Kapitalexports zeigt in seiner Gesamtsumme einige Perioden.

Bis 1963 gibt es keinen nennenswerten Export von österreichischem Kapital.

In den folgenden Jahren von 1964 bis 1967 bewegt sich die Gesamtsumme des exportierten Kapitals jeweils um eine Milliarde Schilling. Diese Phase kann als Anlaufphase der finanziellen Expansion nach außen bezeichnet werden. Kapitalexport in verstärktem Ausmaß, auch in Form von Direktinvestitionen, können wir ab 1968 erkennen. Dabei zeigen sich beträchtliche jährliche Zuwachsraten. Aus dem Bilde eines kontinuierlichen Anstiegs fällt das Jahr 1973 mit seiner Gesamthöhe von über 13 Mrd. Schilling heraus. Dieser extrem hohe Anstieg ergibt sich vor allem durch einmalige, hohe Kredite an die BRD, die auch noch 1974 ausbezahlt wurden.

Tabelle 1

Jahr	Kredite	Direkt-Investitionen	Summe	+% jährl	Index 1968 -100
1961	104	19	123	—57	5
1962	628	48	676	450	25
1963	375	79	454	—33	17
1964	911	81	992	119	37
1965	1.083	169	1.252	26	46
1966	1.269	93	1.362	9	50
1967	789	82	871	—36	32
1968	2.252	454	2.706	211	100
1969	3.707	453	4.160	54	154
1970	3.954	451	4.405	6	163
1971	5.340	1.039	6.379	45	236
1972	7.536	716	8.252	29	305
1973	12.453	892	13.345	62	493
1974	10.749	952	11.701	—12	432
1975	11.361	568	11.929	2	441
1976	18.104	1.100	19.204	61	710
1977*	24.676	1.470	26.146	36	966

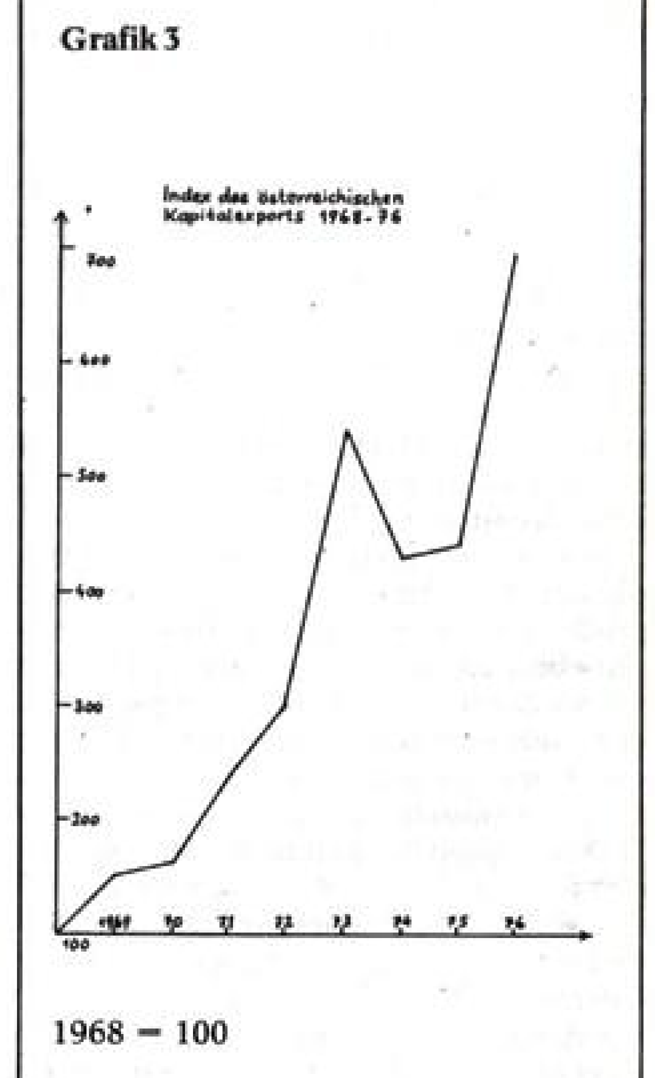
*vorläufige Daten

1977 wird die bisherige Rekordhöhe von über 26 Mrd. Schilling erreicht.

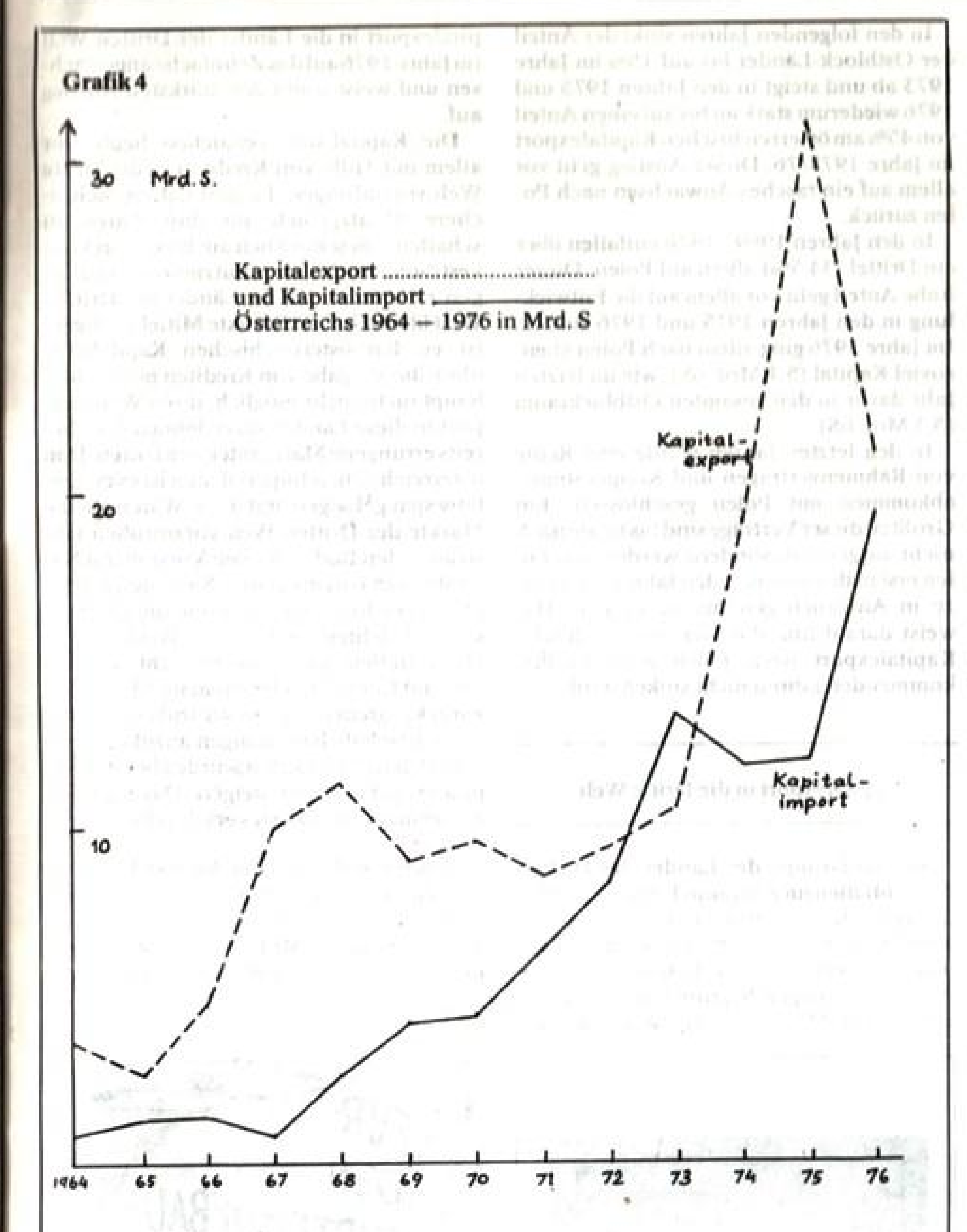
Um die rasante Aufwärtsentwicklung des österreichischen Kapitalexports ab 1968 deutlicher sichtbar zu machen, seien die Indexziffern nochmals in der Graphik 3 dargestellt.

Die Graphik 4 vergleicht den Kapitalexport mit dem Kapitalimport. An dieser Graphik wird die internationale Stellung Österreichs deutlich: selbst expansiv, mit eigenem Kapital auf fremde Märkte vorstoßend, jedoch gleichzeitig stark durchdrungen mit Auslandskapital anderer, ökonomisch potenterer Länder.

Grafik 3



1968 — 100



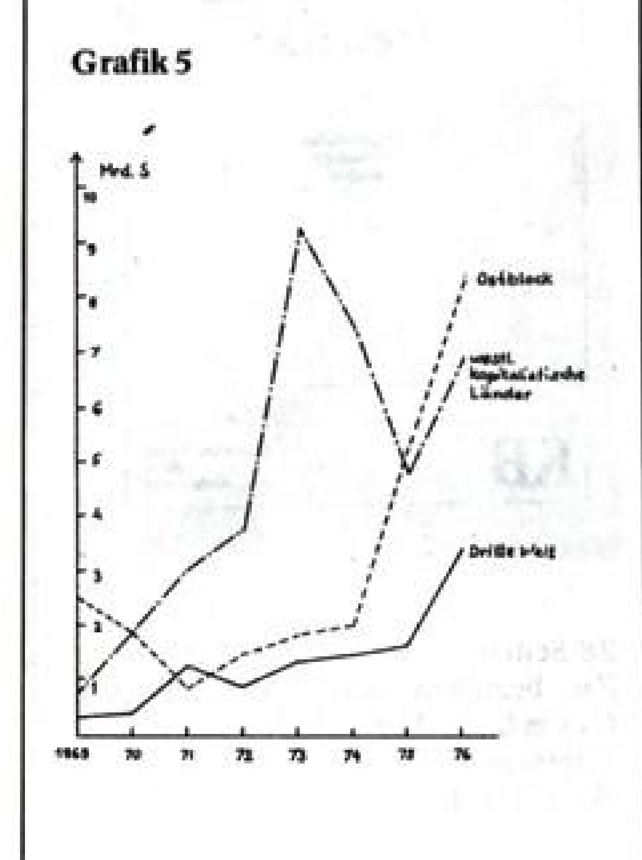
Aufgliederung des Kapitalexports nach Ländergruppen:

Die folgende Graphik 5 zeigt die Entwicklung des österreichischen Kapitalexports in die drei Ländergruppen westliche kapitalistische Länder, Ostblock-Länder und Dritte Welt, gegliedert nach Krediten und Direktinvestitionen für den Zeitraum 1969 — 1976.

Der Hauptteil des österreichischen Kapitalexports, sowohl der Kredite wie auch der Direktinvestitionen, konzentrierte sich in den Jahren 1969 — 1976 auf die westlichen kapitalistischen Länder. Im Gesamtzeitraum entfiel auf diese Ländergruppe 51,9% des gesamten österreichischen Kapitalexports. In die Ostblock-Länder ging ein Anteil von 33,1%, in die Dritte Welt 15% des Kapitalexports.

Bei den Direktinvestitionen zeigt sich ein noch größeres Übergewicht der kapitalistischen Länder: Von den rund 6 Mrd. öS, die in diesem Zeitraum in Form von Direktinvestitionen ins Ausland flossen, entfielen 83,2% auf diese Ländergruppe.

Grafik 5



Der Kapitalexport in die westlichen kapitalistischen Länder:

Der hohe Anteil des Kapitalexports in die westlichen kapitalistischen Länder ergibt sich aus der sehr engen Wirtschaftsverflechtung Österreichs vor allem mit den westeuropäischen Ländern und der USA. Diese Länder sind es, aus denen Österreich den Großteil seiner Waren importiert, sie sind auch gleichzeitig der Hauptabsatzmarkt für österreichische Waren.

Eines der wichtigsten Ziele des Kapitalexports in die westlichen kapitalistischen Länder ist es, die Bedingungen für den Warenexport zu verbessern und ihn abzustützen. Mit Hilfe von Krediten und Direktinvestitionen gelingt es besser, auf die Märkte der Konkurrenten vorzudringen und neue Marktanteile zu erobern. Durch die Gründung eigener Verkaufs-Vertriebs- und Produktionsgesellschaften kann der Markt besser bearbeitet werden und die Position des eigenen Warenexports ist gegenüber Konkurrenten besser abgesichert.

In diesem Sinne können auch bestehende Zollschranken ein wichtiges Motiv für die Gründung von Auslandsniederlassungen bieten. Hat ein betreffendes Land hohe Zollschranken errichtet, so behindert das in gewissem Sinne ein starkes Eindringen von ausländischen Waren in den Markt. Die Zölle bedeuten zusätzliche Kosten für den ausländischen Kapitalisten und verschlechtern die Konkurrenzfähigkeit seiner Produkte. Durch die Errichtung eigener Produktionsniederlassungen in dem betreffenden Land können die Zollschranken umgangen werden. Die Produkte werden nun nicht mehr exportiert sondern im Land selbst hergestellt und genießen zusätzlich den selben Zollschutz wie die einheimischen Produkte.

Hauptland auch für den Kapitalexport: Westdeutschland

Ein großer Teil des Kapitalexports in diese Ländergruppe entfällt in diesem Zeitraum in die BRD. Vom gesamten Kapitalexport, der in diese Länder floß, ging allein ein Anteil von 36,8% in die BRD. Im Jahre 1973 war der Anteil sogar auf über die Hälfte des Kapitalexports in die westlichen kapitalistischen Länder angestiegen.

Nach der BRD sind die USA das zweitwichtigste Land für den österreichischen Kapitalexport. Auf sie entfiel ein Anteil von 10,4%.

Nahezu die Hälfte des Kapitalexports in die westlichen kapitalistischen Länder ging demnach allein in diese beiden Länder. Um jedoch ein richtiges Bild der Größenordnung Österreichs und der Länder, in die der Hauptteil des österreichischen Kapitalexports fließt, zu gewinnen, sei hier als Vergleich des österreichischen Kapitalimports aus diesen Ländern herangezogen.

Die folgende Tabelle 2 zeigt die Entwicklung des österreichischen Kapitalexports in die BRD und des Kapitalimports aus der

BRD in den Jahren 1973 - 1976. Während Österreich insgesamt 11,6 Mrd. Schilling in die BRD exportierte, betrug der Kapitalimport aus der BRD über das Doppelte. Noch stärker zeigt sich das Übergewicht der BRD bei den Direktinvestitionen: Betrugen die österreichischen Direktinvestitionen in der BRD nur 901 Mio. Schilling, so investierte die BRD in Österreich im selben Zeitraum 3,6 Mrd. Schilling.

Tabelle 2

Der österreichische Kapitalexport in die BRD und der Kapitalimport aus der BRD 1973 — 1967

Kapitalexport

Jahr	Kredite	Direktinv.	Summe
1973	4.666	257	4.923
1974	3.036	371	3.407
1975	1.027	151	1.178
1976	1.938	122	2.060
1973-76	10.667	901	11.568

Quelle: Zahlungsbilanz Österreichs 1973 - 1976. Hrsg.ÖNB

Kapitalimport

1973	2.345	544	2.889
1974	3.576	1.121	4.697
1975	10.622	850	11.472
1976	4.691	1.074	5.765

Ein ähnliches Bild zeigt sich auch bei einem Vergleich des österreichischen Kapitalexports in die USA und des amerikanischen Kapitalexports nach Österreich.

Es sind nicht nur die jährlichen Transferierungen amerikanischen Kapitals höher als die Österreichs in dis USA, sondern die USA verfügt über ihre Kapitalbeteiligungen in Österreich seit Jahrzehnten über einen starken Einfluß. Bereits 1969 verfügte die USA allein bei Direktbeteiligungen über ein Nominalkapital von 1,9 Mrd. Schilling in Österreich.

Dennoch zeigt sich, daß der Kapitalexport in die USA, zumindest für österreichische Größenordnungen, in den letzten Jahren stark angestiegen ist.

Der Kapitalexport in die Ostblock-Länder:

In die Ostblock-Länder gingen im selben Zeitraum 24,2 Mrd. Schilling oder ein Anteil von 33,1% am gesamten Kapitalexport. Im Jahre 1969 hatte der Kapitalexport in die Ostblock-Länder einen außerordentlich hohen Anteil von 67,4%. Dieser hohe Anteil geht im wesentlichen auf ein einziges großes Kreditgeschäft mit der UdSSR zurück: 1968 gewährte Österreich einen direkten gebundenen Finanzkredit an die Bank für Außenhandel der UdSSR in der Höhe von $ 110 Millionen. Weit über die Hälfte des Kapitalexports in die Ostblock-Länder fiel noch 1969 auf die Sowjetunion. Auch im folgenden Jahr, in dem auf die Ostblock-Länder 45,1% des gesamten österreichischen Kapitalexports entfällt, sind noch Auszahlungen des erwähnten Finanzkredits an die UdSSR enthalten.

In den folgenden Jahren sinkt der Anteil der Ostblock-Länder bis auf 15% im Jahre 1973 ab und steigt in den Jahren 1975 und 1976 wiederum stark an bis auf einen Anteil von 45% am österreichischen Kapitalexport im Jahre 1975/76. Dieser Anstieg geht vor allem auf ein rasches Anwachsen nach Polen zurück.

In den Jahren 1969 - 1976 entfallen über ein Drittel (34,5%) allein auf Polen. Dieser hohe Anteil geht vor allem auf die Entwicklung in den Jahren 1975 und 1976 zurück. Im Jahre 1976 ging allein nach Polen ebensoviel Kapital (5,4 Mrd. öS), wie im letzten Jahr davor in den gesamten Ostblockraum (5,3 Mrd. öS).

In den letzten Jahren wurde eine Reihe von Rahmenverträgen und Kooperationsabkommen mit Polen geschlossen. Ein Großteil dieser Verträge sind bis heute noch nicht ausgenützt, sondern werden von Polen erst in den kommenden Jahren zur Gänze in Anspruch genommen werden. Das weist darauf hin, daß der österreichische Kapitalexport nach Polen auch in den kommenden Jahren nicht sinken wird.

Kapitalexport in die Dritte Welt:

Auf die Gruppe der Länder der Dritten Welt entfallen im Zeitraum 1969 - 1976 15% des gesamten österreichischen Kapitalexports. Jedoch zeigt sich, daß seine Bedeutung während des gegebenen Zeitraums ständig im Steigen begriffen ist. Betrug er 1969 erst 360 Mio. Schilling, so war der Kapitalexport in die Länder der Dritten Welt im Jahre 1976 auf das Zehnfache angewachsen und weist somit den stärksten Anstieg auf.

Die Kapitalisten versuchen heute vor allem mit Hilfe von Krediten in die Dritte Welt vorzudringen. Es geht darum, sich sichere Absatzgebiete für ihre Waren zu schaffen, um schließlich auch mit Direktinvestitionen auf diese Absatzmärkte vordringen zu können. Da die Länder der Dritten Welt über sehr beschränkte Mittel verfügen, ist es den österreichischen Kapitalisten ohne die Vergabe von Krediten meist überhaupt nicht mehr möglich, ihren Warenexport in diese Länder auszudehnen bzw. bereits errungene Marktanteile zu halten. Den österreichischen Imperialisten ist es erst relativ spät gelungen, mit ihren Waren auf die Märkte der Dritten Welt vorzustoßen und so auch den Boden für den Vorstoß mit Kapitalexport vorzubereiten. Sie waren gegenüber verschiedenen anderen imperialistischen Mächten nach dem 2.Weltkrieg im Hintertreffen, da es ihnen nicht möglich war, auf Kolonien oder ehemalige Kolonien zurückzugreifen und so an früheren engeren Wirtschaftsbeziehungen anzuknüpfen.

In den letzten Jahren wurde aber der Kapitalexport kräftig gesteigert. Das zeigt sich an der immer größeren Verschuldung dieser Länder.

Beliefen sich die Schulden der Entwicklungsländer allein bei den österreichischen Kreditunternehmungen im Jahre 1972 erst auf 1,7 Mrd. öS, so waren sie im Jahre 1976 auf 7,1 Mrd. öS angewachsen.



Mitte März hat das ZK des KB Österreichs im „Klassenkampf" zur Sammlung von 1 Million Schilling bis zu Jahresende aufgerufen. Mit dieser Spendenkampagne verbunden ist eine Kampagne zur Verbreitung des „Klassenkampf", des „Kommunist" und des „Programm und Statut" im gesamten Bundesgebiet.

Bis Ende Juli sollen gemäß dem ZK-Beschluß in einer ersten Etappe 500.000 Schilling aufgebracht werden. Der Grund dafür liegt darin, daß der „Klassenkampf" ab Herbst als Wochenzeitung erscheinen wird und zu diesem Zweck rechtzeitig eine moderne, leistungsfähige Fotosatzanlage angeschafft werden muß, für die etwa 700.000 Schilling des gesammelten Geldes verwendet werden müssen.

Bis zum 16.Juli sollen gemäß dem

Bis zum 16.Juni waren auf dem Spendenkonto S 271.129 eingetroffen.

Spenden bitte auf das Postscheckkonto 2418.889 (KB Österreichs/-Zentrale)